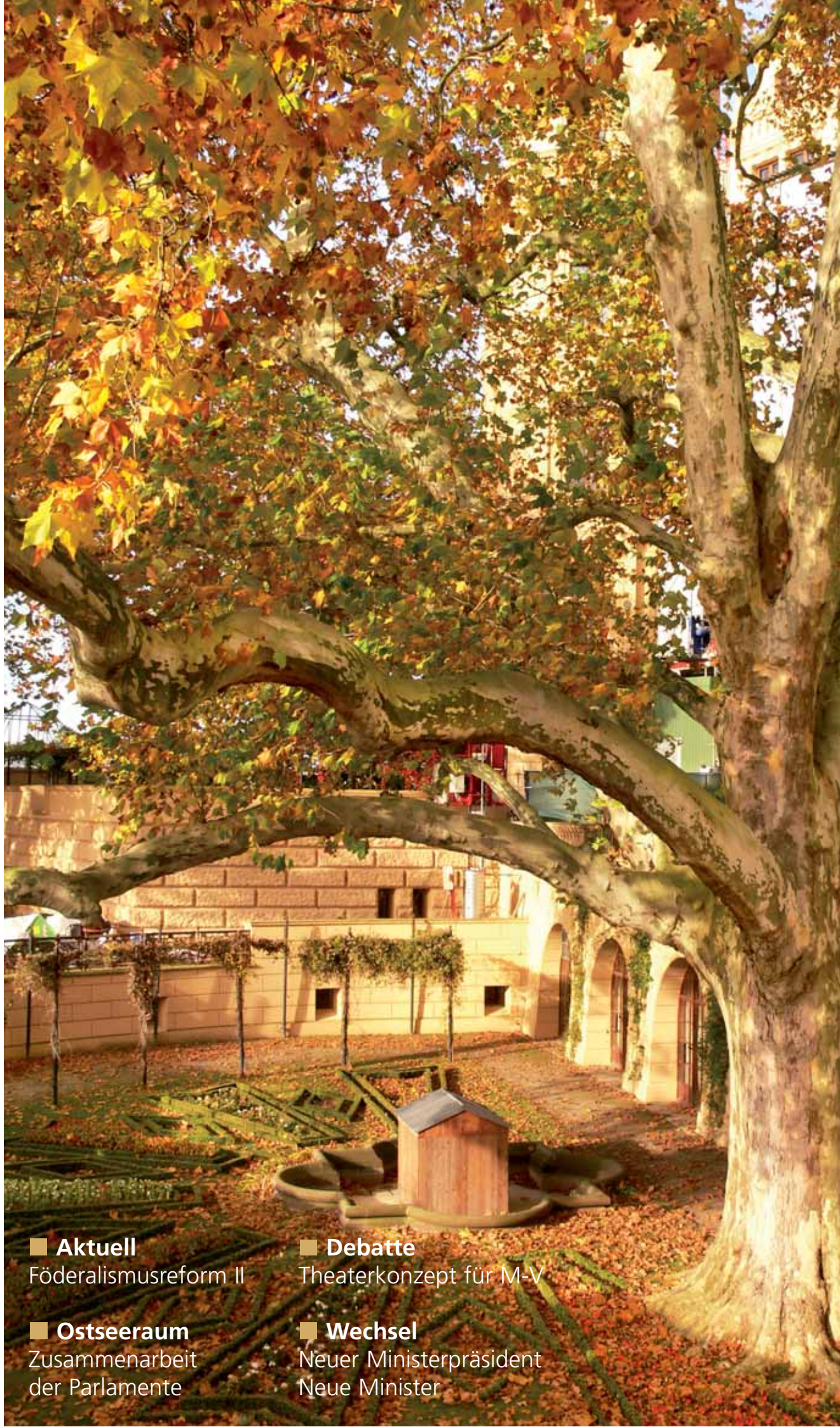


LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



■ **Aktuell**
Föderalismusreform II

■ **Debatte**
Theaterkonzept für M-V

■ **Ostseeraum**
Zusammenarbeit
der Parlamente

■ **Wechsel**
Neuer Ministerpräsident
Neue Minister



Jahrgang 18
7 / 2008

Seite 3

Spezial

Ostseeparlamentarierkonferenz
in Visby

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde:**

Auswirkungen der Föderalismus-
reform II

Seiten 6 – 10

Weitere Themen:

Novellierung Schulgesetz M-V
Call-Center in M-V
Landesblindengeld
Bibliotheken in M-V
Zertifizierung der Nationalparke

Seite 11 – 17

Auszüge aus der Debatte:

Theater- und Orchester in M-V

Seite 18

Aus den Ausschüssen**Wirtschaftsausschuss:**

Anhörung Kohlekraftwerk Lubmin

Agrarausschuss:

Anhörung zum Steilküstenschutz

Europaausschuss:

Ausschuss der Regionen

Seiten 19 – 21

Landesregierung

Wahl des neuen Ministerpräsidenten
Die neue Landesregierung

Seite 22

Pro & Kontra

Fahrverbot statt Geld- oder
Haftstrafe

Seite 23

Panorama

Parlamentsspiel in Ueckermünde
Azubis im Landtag

Titelbild (Uwe Sinnecker):

Vorbereitung auf den Winter im
Muschelbrunnenhof des Schweriner
Burggartens.

Impressum

Herausgeber: **Landtag Mecklenburg-**

Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-
schengruppen manchmal nur die männliche
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-
liche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Für ein armes Theater



Foto: Cornelius Kettler

Claus Tantzen (45) studierte angewandte Theater-
wissenschaft an der Justus-Liebig-Universität in
Gießen, war Mitbegründer des Theaters „Montage“
in Ludwigshafen. Er betreute vor seinem Volontariat
einen Jugendtreff in der Nähe von Kaiserslautern.
Seit 1994 arbeitet er als TV-Journalist, derzeit in der
Schweriner Politikredaktion des NDR.

■ „Wer heute Theater schleift, braucht
morgen mehr Geld gegen Rechts“, sagte
Torsten Koplín (DIE LINKE) während der De-
batte im Landtag. Das klingt wie ein Tot-
schlagargument in einem Land, das wegen
seiner sich stetig festigenden rechtsextrem-
istischen Strukturen in Verruf geraten ist.
Doch was meint er genau?

Das Bild vom Theater als moralische Anstalt
wird hier beschworen. Eine schillernde
Utopie des ausgehenden 18. Jahrhunderts.
Plötzlich taucht sie wieder auf – in einer De-
batte im 21. Jahrhundert – also in einer
Zeit, da MTV, Internetclips und Dschungel-
shows der Moral neue Maßstäbe setzen.
Über 50 Prozent der Kulturausgaben des
Landes Mecklenburg-Vorpommern fließen
in die Theater, war während der Debatte zu
hören. Doch wären diese Mittel gut ange-
legt, wenn es das Ziel der Theaterarbeit
sein sollte, junge Menschen davon abzu-
halten, ihre Freizeit in Zeltlagern der „Hei-
mattreuen Deutschen Jugend“ zu verbringen,
Dönerbuden abzufackeln oder Stra-
ßenkämpfe vor Fußballstadien zu veran-
stalten? Welches Theater hätte das je ver-
mocht!

Als Friedrich Schiller 1784 seine Vision von
der „Schaubühne als moralische Anstalt“
vor der deutschen Gesellschaft ausbreitete,
verfolgte er ein handfestes Ziel. Er suchte
einen Job – sein Stuhl als Theaterdichter in
Mannheim wackelte. Welches Ziel ver-
folgen unsere Parlamentarier im Landtag,
wenn sie Geld über die Spielstätten aus-
schütten wollen, das nicht erwirtschaftet
werden kann, und Aufgaben formulieren,
die das Theater nicht erfüllen kann?

„Lebenslanges Lernen“ – auch diese Voka-
bel wurde bemüht – findet nicht im Parkett
von Staatstheater und städtischen Bühnen

statt. Auch wenn sich Hans Kreher von den
Liberalen das noch so sehr wünscht. Pädago-
gische Theaterarbeit findet statt in Thea-
terinitiativen von Jugendclubs, Schulthea-
tern, Video-AGs und Projekten der Regio-
nalzentren für demokratische Kultur. Dort
werden nicht mit teurer Bühnenmaschine-
rie Illusionen geschaffen – Kunststück.
Es wird mitten in einer Zielgruppe gearbei-
tet, die sich nicht für Plüschsessel und Pro-
secco interessiert. Es ist ein armes Theater.
Dorthin sollte Geld in ausreichendem Ma-
ße fließen.

Um es deutlich zu sagen: Dies ist kein Plä-
doyer zur Abschaffung des bürgerlichen,
kulinarischen Theaters, sondern der Ver-
such zu definieren, was dessen Aufgabe
NICHT ist. Totschlagargumente, die aus-
klammern, dass 35,8 Millionen Euro jähr-
lich für die Finanzierung der Orchester und
Theater bereits eine erhebliche Anstren-
gung darstellen, gehören nicht in eine
ernst gemeinte Debatte. Dieser Art Popu-
lismus gebührt selbst das Prädikat „Thea-
ter“. Rüdiger Safranski hat das in seiner
Schiller-Biografie treffend beschrieben:
„Schiller empfiehlt den seriösen Herren von
der Deutschen Gesellschaft die Kunst als
ultimative Lockerungsübung; sie sollen, so
spricht er sie mit einer enthusiastischen
Schlusswendung an, „jede Fessel der Küns-
telei und der Mode“ abwerfen, sich dem
Drang des alltäglichen Geschicks entwin-
den und spüren, wie sie im Spiel durch ei-
ne „allwebende Sympathie verbrüder“
sind. Es fehlt nur noch, dass er sie auffor-
dert vorzutreten, sich an den Händen zu
fassen und den großen Reigen zu tanzen.“

Claus Tantzen

Klimawandel und Energie

Ostseeparlamentarier fordern EU-Strategie für die Ostseeregion

■ **Zusammenarbeit, Klimawandel und Energiepolitik, maritime Politik sowie Arbeitsmarkt- und soziale Fragen in der Ostseeregion waren die diesjährigen Schwerpunkte der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC), die vom 31. August bis 2. September im schwedischen Visby stattfand. Auch in diesem Jahr konnte der Landtag Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit Landesparlamentariern aus Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein sowie Vertretern des Deutschen Bundestages politische Handlungsempfehlungen einbringen, denen die Konferenz zustimmte.**



Foto: Johannes Jansson

v.r. Eva Smekal (Verwaltung Schwedischer Reichstag), Sigrun Rese (FDP), Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Birgit Schwabs (DIE LINKE), Detlef Müller (SPD, Vorsitzender des Europaausschusses), Renate Holznel (CDU, Landtags-Vizepräsidentin), Sinikka Bohlin (Vors. des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz), Gerald Gutzeit, Bodo Bahr (Verwaltung Landtag M-V)

Unter dem Titel „Energieeffizienz und Klimawandel“ erörterten knapp 200 Teilnehmer aus allen Ostseeanrainerstaaten sowie Vertreter des Isländischen Parlamentes und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates die auf der Agenda stehenden Fachthemen.

Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider**, die im Auftrag des Ständigen Politischen Ausschusses der BSPC den Beobachterstatus bei der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) wahrnimmt, unterrichtete die Konferenzteilnehmer über den Stand des Aktionsplanes zur Verbesserung der Meeresumwelt der Ostsee sowie über Entwicklungen im Bereich der maritimen Sicherheit. Die Federführung bei der Wahrnehmung des HELCOM-Beobachtermandats durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde um ein weiteres Jahr verlängert.

Renate Holznel informierte die Konferenz über ein innovatives Rostocker Forschungsprojekt zur Verbesserung von Navigationstechnologien. Es ermöglicht, Daten des amerikanischen GPS-, des russischen GLONASS- sowie des zukünftigen europäischen GALILEO-Systems zu verarbeiten. Die Vizepräsidentin des Landtages M-V warb dafür, dass sich auch andere Häfen der Ostseeanrainerstaaten an dem Projekt beteiligen.

Als wichtig für den Energiebereich unterstützt die Konferenz in ihrer Resolution die Empfehlungen deutscher Vertreter zum Ersatz leistungsschwacher Windkraftanlagen an Land („repowering“) sowie zum verstärkten Bau von „offshore“-Windkraftanlagen. Wichtig sei auch der Ausbau von Leitungsnetzen zur Aufnahme von Windstrom, wobei insbesondere die Vernetzung von Hochspannungsstras-

sen zur Herstellung der Versorgungssicherheit in Europa zukünftig im politischen Fokus stehen müsse.

Darüber hinaus unterstützt die Ostseeparlamentarierkonferenz die Entwicklung eines europäischen Höchstspannungsgleichstromübertragungsnetzes zur Verknüpfung von Regionen, die Strom im Norden Europas aus Wasserkraft, im Süden aus Solarenergie und im Westen aus Gezeitenkraft produzieren. Ziel ist ein gesamteuropäischer Verbund mit möglichst geringen Übertragungsverlusten beim Stromtransport sowie die Verminderung von Schwankungen des Stromangebotes. Um die Nährstoff- und Schadstoffeinträge in die Ostsee weiter zu reduzieren, fordern die Ostseeparlamentarier die Anrainerstaaten auf, den HELCOM-Ostseeaktionsplan vorbehaltlos zu unterstützen. Außerdem setzen sie sich für ein Programm zur Entwicklung und Einführung eines satellitengestützten emissionsbezogenen Überwachungssystems für Schiffe ein. Für in Häfen liegende Schiffe fordert die Konferenz die schrittweise Einführung der Landstromversorgung, um Schadstoffemissionen zu vermindern.

Zur besseren Zusammenarbeit in der Ostseeregion setzen die Ostseeparlamentarier auf die Entwicklung einer EU-Strategie, die mit den bestehenden Politik- und Kooperationsformen abgestimmt ist. Wesentlich dabei sei insbesondere die Stärkung des parlamentarischen Dialogs zwischen den Anrainerstaaten.

Bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sprach sich die Konferenz für klare und ausgewogene Regeln für die Mobilität von Arbeitskräften in der Ostseeregion aus. Dabei soll das bereits bestehende Netz von Zentren, die über grenzüberschreitende Arbeitsmöglichkeiten informieren, ausgeweitet werden. Darüber hinaus wurde eine aktive Politik zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zur Harmonisierung der Berufsbildungsmaßnahmen und zur Stärkung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern angemahnt.

Ausrichter und Gastgeber der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August bis 1. September 2009 wird das Dänische Folketing sein.

Nein zum geplanten Konsolidierungsfonds

Bundespläne zur Unterstützung finanzschwacher Länder kritisiert

■ **Mecklenburg-Vorpommern bekräftigt sein Nein zum geplanten Konsolidierungsfonds für finanzschwache Bundesländer mit überdurchschnittlich hoher Zinsbelastung. Zahlreiche Redner kritisierten am 24. September in der Aktuellen Stunde im Landtag unter anderem, dass Mecklenburg-Vorpommern jährlich 7,5 Millionen Euro in den Fonds einzahlen müsste, während beispielsweise Sachsen-Anhalt 139,2 Millionen Euro Konsolidierungshilfe erhalten soll. „Auswirkungen der Föderalismusreform II auf Mecklenburg-Vorpommern“ hieß das Thema, das die SPD-Fraktion beantragt hatte.**



Rudolf Borchert (SPD)

■ Der SPD-Finanzexperte **Rudolf Borchert** verwies unter anderem auf die Gefahr eines Steuer-Flickenteppichs in Deutschland, wenn es zu Steuerautonomie der Bundesländer käme. Zudem sei ein geringeres Steueraufkommen des Staates insgesamt zu befürchten. An den Plänen für Konsolidierungshilfen zum Abbau von Altschulden kritisierte er, dass Mecklenburg-Vorpommern so genanntes Geberland werden solle. „Wir sollen Geld geben, damit die fünf am höchsten verschuldeten Bundesländer ihre Altschulden abbauen könnten. Das macht keinen Sinn“, sagte er. Schließlich erhalte MV derzeit noch Solidarpaktmittel, um künftig eine Angleichung an die Lebensverhältnisse der anderen Bundesländer zu erreichen. Seine Fraktion lehne die Vorschläge der Föderalismus-Kommission ab.

Dass Mecklenburg-Vorpommern einzahlen solle, ist Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff** zufolge angesichts der für alle neuen Flächenländer vergleichbaren fi-



Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff

nanziellen Rahmenbedingungen den Bürgern nicht zu erklären. Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern, die große Sparanstrengungen unternommen hätten, würden demotiviert. Ziel des Konsolidierungsfonds ist es, die Zinsausgaben je Einwohner auf 125 beziehungsweise 250 Prozent des Länderdurchschnitts abzusinken. Zuschüsse würden dabei laut Ringstorff neben Bremen und dem Saarland auch Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Berlin erhalten.

Nach Worten der finanzpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, **Angelika Gramkow**, droht die Föderalismusreform „in kleinlichem Zank und Streit“ stecken zu bleiben. Statt die Finanzen von Kommunen und Ländern auf eine solide Basis zu stellen, „geht es nur noch um Geld und darum, wer bekommt von wem wie viel“. Der Linkspolitikerin zufolge reichen die derzeit diskutierten Konsolidierungshilfen nicht aus. Sie forderte eine nachhaltige Entschuldung finanzschwacher Bun-



Angelika Gramkow (DIE LINKE)

desländer und Kommunen. Dafür könne ein Teil der Goldreserven der Bundesbank herangezogen werden, schlug sie vor. „Jeder Deal, der letztlich aber darauf hinausläuft, mehr Steuerautonomie zuzulassen, ist fatal und daher abzulehnen“, betonte sie.



Dr. Armin Jäger (CDU)

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Dr. Armin Jäger** wies auf die gute Konsolidierungspolitik Mecklenburg-Vorpommerns hin. Dafür dürfe das Land nicht bestraft werden. Die Politik müsse aber auch immer Investitionen im Auge behalten, beispielsweise im Bildungsbereich. Das bedeute nicht, soviel auszugeben, dass man nichts mehr abzugeben brauche. „Das ist nicht meine Haltung“, betonte er. Aber man dürfe auch nicht einseitig in Richtung

Fotos: Uwe Bajewski

Sparpolitik denken. Er forderte, das Thema noch einmal in einer Landtagsdebatte aufzugreifen. Im Landtag müsse ein Konsens in der Föderalismus-Diskussion geschaffen werden. Beim „Ausstatten mit Meinungen“ habe der Landtag bislang noch Defizite. Dies sei aber wichtig für die Arbeit in der Föderalismuskommission.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Michael Rooff** bezweifelte die Aktualität des Themas der Aktuellen Stunde. Er wies darauf hin, dass der Konsolidierungsfonds noch gar nicht festgelegt sei. „Es sind alles Vermutungen. Es sind Mutmaßungen“, betonte er. Das Bundesfinanzministerium sage selbst, dass der Konsolidierungsfonds und dessen Ausgestaltung noch gar nicht zu Ende überlegt seien. Rooff kritisierte, dass bei der Föderalismusreform einige Probleme ausgeklammert wurden. „Das können wir dauerhaft aber nicht machen. Wir müssen Probleme auch irgendwann einmal zu Ende diskutieren“, forderte er.



Michael Rooff (FDP)

Solidarität sei keine Einbahnstraße, sagte der NPD-Fraktionsvorsitzende **Udo Pastörs**. Er kritisierte die Föderalismusreform als Ganzes. Das sei keine Reform, sondern „Klassenkampf in gepflegter Form“. Bundesländer würden gegeneinander gehetzt. „Sie tun dies, weil sie keine Gemeinschaft kennen, und schachern um das Geld wie einst Judas um die Silberlinge. Jeder rafft, was er bekommen kann“, warf er den anderen Fraktionen vor. Für ihn und seine Partei bedeute Solidarität die „Durchsetzung des Gemeinutzes als oberstes Prinzip“. Man werde Mecklenburg-Vorpommern zur Zahlung zwingen müssen. „Den Ländern Bremen,

Schleswig-Holstein und dem Saarland steht nämlich das Wasser förmlich bis zum Halse“, sagte er.



Udo Pastörs (NPD)

Der CDU-Abgeordnete **Mathias Löttge** sagte, Steuerautonomie und Konsolidierungshilfe würden erhebliche Standortnachteile für Mecklenburg-Vorpommern bedeuten. Er widersprach der Auffassung, dass dieses Thema nicht auf die Tagesordnung der Aktuellen Stunde gehöre. Es sei nötig, dass Landesparlamente Einfluss auf die Bundesgesetzgebung nehmen. Mecklenburg-Vorpommern habe zwar Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung, in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt vorzuweisen. Dennoch sei es noch längst kein Geberland. Für eine Konsolidierungshilfe müssten „sehr klare und harte Kriterien“ festgeschrieben werden. Schulden zu tilgen, wie es Mecklenburg-Vorpommern getan habe, müsse auf jeden Fall das Ziel sein.



Mathias Löttge (CDU)

FÖDERALISMUSREFORM II

Nach dem Inkrafttreten der ersten Stufe der Föderalismusreform im September 2006 sollen in einem zweiten Schritt die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern modernisiert werden.

Ein wichtiges Ziel der Reform ist die Begrenzung der Staatsverschuldung und die Vermeidung von Haushaltskrisen. Zur Erarbeitung entsprechender Reformvorschläge haben Bundestag und Bundesrat im März 2007 eine gemeinsame Kommission unter Vorsitz des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck und des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU) eingesetzt. Bundestag und Bundesrat entsenden jeweils 16 Mitglieder sowie 16 Stellvertreter in die Kommission. Unter den vom Bundestag entsandten Mitgliedern sind dem Einsetzungsbeschluss entsprechend auch mehrere Bundesminister. Fast alle Länder, so auch Mecklenburg-Vorpommern, haben ihre Regierungschefs in die Kommission entsandt. Mit Rede- und Antragsrecht, jedoch ohne Stimmrecht, sollen stets vier Abgeordnete aus den Landtagen an den Kommissionssitzungen teilnehmen. Ebenso sollen die Kommunen in „geeigneter Weise“ einbezogen werden.

Das von der Kommission vorgelegte Eckpunktepapier sieht unter anderem einen je zur Hälfte von Bund und Ländern finanzierten Fonds vor, aus welchem hoch verschuldete Länder Hilfen beim Abbau von Altschulden bekommen sollen. Über Finanzthemen hinaus erstrecken sich die Beratungen auch auf die Verbesserung der Qualität und der Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung.

Ziel der Großen Koalition in Berlin ist es, die Reformbeschlüsse noch vor der Bundestagswahl 2009 zu verabschieden.

Kleine groß rausbringen

Neues Schulgesetz im Landtag diskutiert

■ Den Schulen Mecklenburg-Vorpommerns stehen umfangreiche Neuerungen bevor. Bildungsminister Henry Tesch hat den Entwurf für ein neues Schulgesetz am 24. September in den Landtag eingebracht. Das Gesetz soll vom nächsten Schuljahr an gelten. Der Entwurf sieht unter anderem mehr Selbstständigkeit für die Schulen, freie Schulwahl ab Klasse fünf und individuelle Förderpläne für die Schüler vor. Auch die Finanzierung soll umgestellt werden, künftig sollen die Schulen Zuweisungen je Schüler und nicht mehr je Klasse erhalten. Zudem sollen die Erziehungsberechtigten über einen „Pflichtenkatalog“ für Eltern zur Mitwirkung an der Schule herangezogen werden.

Von den Neuregelungen erwartet sich die Landesregierung mehr Wettbewerb und eine bessere Qualität der Schulen im Land. Der Entwurf der Gesetzesnovelle folge damit den bildungspolitischen Festlegungen des Koalitionsvertrages, betonte Bildungsminister **Henry Tesch**. Von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung liege jetzt die gesamte Verantwortung bei einem Ministerium. Mit dem Gesetz wolle man das grundsätzliche Anliegen der Koalition umsetzen, das dem Minister zufolge lautet: „Wie bringen wir die Kleinen groß raus?“

Tesch erhielt für den Entwurf Lob aus den eigenen Reihen, vom Koalitionspartner SPD und auch aus der Opposition.

Heike Polzin, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, sieht mit dem geplanten Gesetz die Weichen für die flächendeckende Einführung der „Selbstständigen Schule“ gestellt. Den Schulen werde mehr Freiraum zur eigenverantwortlichen Gestaltung des Schulalltags gegeben. „Im Kern geht es um eine höhere Qualität des Unterrichts durch eine bessere individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.“ Dabei sollen Benachteiligungen aufgrund der sozialen Herkunft verringert und Demokratie und



Foto: Jens Büttner

Toleranz vermittelt werden. Das Lehrpersonalkonzept ist ihrer Ansicht nach noch immer alternativlos. „Aber es wird sich irgendwann von allein erledigt haben, weil wir bald ein adäquates Verhältnis von Schüler- und Lehrerzahlen haben werden.“

Der bildungspolitische Sprecher der Linken, **Andreas Bluhm**, sagte, es gebe viele Chancen in diesem Gesetzentwurf. Allerdings gebe es auch Risiken und Probleme. So würden Gesamtschulen im Vergleich zu den Gymnasien benachteiligt. Die freie Schulwahl werde für ärmere Familien dadurch eingeschränkt, dass die Kosten für den Schülertransport nur bis zur nächstgelegenen Schule erstattet würden. Mit Skepsis sehe DIE LINKE auch die Übertragung einiger Aufgaben der Schulkonferenz an die Schulleitungen sowie die neue Rolle der Personalräte. „Die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Einzelschule darf nicht mit einem Verlust an demokratischer Mitbestimmung einhergehen.“

Für **Ilka Lochner-Borst** (CDU) war es ein „Fehler, die Wende für Bildungsfragen nicht derart zu nutzen, dass aus beiden Systemen das Beste zusammengefasst wurde“. Ihre Fraktion sehe nun die Frage der Qualitätsverbesserung an den Schulen im Mittelpunkt. Dazu gehöre auch, Bildung und Erziehung als untrennbare Einheit zu sehen. Für die Erziehung der Kinder seien weiterhin die Eltern zuständig. Dennoch habe die CDU Wert darauf gelegt, den „Erziehungsbegriff“ in das Schulgesetz aufzunehmen. Künftig könnten die Schulen selbst in pädagogischen Konzepten festlegen, wie sie die vorgegebenen Bildungsstandards erreichen. „Ziel muss es sein, jedes einzelne Kind so zu

fördern, dass es ein Mindestmaß an Kompetenzen erlangt, die ihm ermöglichen, an der Gesellschaft teilzuhaben“, forderte sie.

Für die oppositionelle FDP kritisierte **Hans Kreher**, das Lehrpersonalkonzept, mit dem über Teilzeit-Regelungen Kündigungen von Pädagogen verhindert werden, mache eine wirkliche Selbstständigkeit der Schulen unmöglich. Tesch hielt dem entgegen, dass bei Aufkündigung des Lehrpersonalkonzepts Massenentlassungen anstünden. Das könne niemand wollen. Hans Kreher kritisierte auch die Kürzungspläne für Schulen in freier Trägerschaft. Von 2011 an sollen dort sechs Millionen Euro pro Jahr gespart werden. Durch die Kürzungspläne der Finanzministerin und des Bildungsministers werde der „Zugang zu diesen Schulen finanziell unmöglich“ gemacht oder „diesen Schulen gleich die Existenz verweigert“.

Birger Lüssow (NPD) sieht in dem Gesetzentwurf eine „Knebelung der Familien“ und sprach von „Totalitarismus im 21. Jahrhundert“. Eltern würden unter Generalverdacht gestellt und dem „Überwachungsstaat“ Tür und Tor geöffnet. Zudem seien freie Schulträger nicht gleichgestellt. Er kritisierte auch, dass die Herkunft „noch nie“ für die Bildung so entscheidend gewesen sei wie jetzt. Im Übrigen sei für die Schüler mindestens bis zur 9. Klasse „Autorität und geführter Unterricht“ wichtiger als Selbstständigkeit. Seine Fraktion fordere ein dreigliedriges Schulsystem.

Jörg Vierkant (CDU) sprach von einem „steinigen und schweren Weg“ zur selbstständigen Schule. Bei all den Zielen wie mehr Qualität des Unterrichts und ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot müsse

eines immer im Mittelpunkt stehen: „Das Kind als Maß aller Dinge.“ Weitgehende Selbstbestimmung an den Schulen sei oberstes Gebot. Das bedeute mehr Eigenverantwortung für schulinterne Lehrpläne und Stundentafeln, aber in einem Rahmen, den das Land vorgibt. Die Mitarbeit der Erziehungsberechtigten sei nicht nur beim „Kuchen backen“ gefordert, sondern müsse auch bis zur Erstellung pädagogischer Konzepte reichen. Der Gesetzentwurf wurde zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

Servicecenter

Landtag kritisiert Standort-schließungen von Telekom und Post

■ Der Landtag hat am 25. September einhellig die geplante Schließung eines Telekom-Callcenters in Schwerin und eines IT-Standortes der Deutschen Post in Stralsund kritisiert. Die Landesregierung wurde aufgefordert, sich für den Erhalt beider Niederlassungen einzusetzen.

Die Telekom AG befinde sich noch zu rund 30 Prozent in den Händen des Bundes und der Kreditanstalt für Wiederaufbau, sagte CDU-Fraktionschef **Dr. Armin Jäger**, der den Antrag, auf den sich die vier demokratischen Fraktionen geeinigt hatten, einbrachte. Daraus ergebe sich eine besondere strukturpolitische Verantwortung des Unternehmens. „Wenn sich ein solcher Konzern gänzlich aus unserem Bundesland zurückziehen will, dann sind wir gefordert“, betonte er. Das ehemalige Bundesunternehmen habe viel investiert, aber auch „erhebliche Gewinne“ gemacht. Er erinnerte an die Sozialverantwortung, zu der Eigentümern dem Grundgesetz nach verpflichtet. Jäger räumte aber ein, dass unternehmerische Entscheidungen akzeptiert werden müssten. Er sei da jedoch „etwas angesäuert“. Die Telekom müsse nachweisen, dass die Schließung „eines erstklassigen Servicecenters“ wirtschaftlich sinnvoll sei. Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** sagte, die Gründe der Telekom für die Standort-schließung seien „absolut unverständlich“. Mecklenburg-Vorpommern habe bessere wirtschaftliche Rahmenbedin-

gungen für Callcenter als Hamburg, wo die Telekom die Dienstleistungen konzentrieren will. „Das sind insbesondere die Kosten, was Immobilien und Löhne betrifft“, erläuterte er. Im Nordosten gebe es derzeit 110 Servicecenter mit fast 15.000 Mitarbeitern. Der Konzern, der noch zu rund einem Drittel in Staatsbesitz sei, habe eine strukturelle Verantwortung. Die Gespräche mit der Telekom und der Deutschen Post würden weitergeführt, versprach der Minister. „Wir hören nicht auf, für den Standort M-V in Sachen Servicecenter und IT-Dienstleister zu kämpfen.“ Redner von CDU, Linke, SPD und FDP schlossen sich der Kritik an.

Die Abgeordnete **Angelika Gramkow** (DIE LINKE) sprach von einem „Schlag ins Gesicht“ der rund 200 Telekom-Beschäftigten in Schwerin. Den Teilzeitkräften, vor allem Frauen, sei die Fahrt nach Hamburg nicht zuzumuten. Bei Anfahrtszeiten von 60 Minuten und mehr würden Betroffene nicht nur zeitlich, sondern auch finanziell „extrem belastet“. Zu den Fakten, die für den Erhalt des Standortes Schwerin sprechen, zählte sie unter anderem hervorragende infrastrukturelle Rahmenbedingungen und hohes Qualifikationsniveau der Mitarbeiter. „Die Konzentration der Standorte geschieht aus unserer Sicht ohne Not. Mehr noch, die von der Telekom betriebene Zentralisierung ist überhaupt nicht zeitgemäß“, betonte sie. Der Schweriner Abgeordnete **Dr. Gottfried Timm** (SPD) bezeichnete die geplante Verlagerung nach Hamburg als „strukturpolitische Fehlentscheidung“. Die Pläne seien nicht nur „betriebswirtschaftlich unsinnig“, sondern auch „für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht akzeptabel“. Bei einer Fusion könne seiner Meinung nach doch auch der Hamburger Standort nach Schwerin verlegt werden. Der Telekom warf er vor, die falschen Signale zu senden, wenn sie die Wirtschaft in einer ohnehin strukturschwachen Region weiter schwäche.

FDP-Fraktionschef **Michael Rooff** bezeichnete die Debatte als „wichtiges Signal“ auch an die unternehmerische Verantwortung der Telekom. Die Entscheidung des Konzerns sei auch für ihn „politisch nicht nachvollziehbar“. Mecklenburg-Vorpommern könne sich als Wirtschaftsstandort selbstbewusst präsentieren. Hier gäbe es unter anderem „super Rahmenbedingungen“ und qualifizierte und motivierte Mitarbeiter.



Foto: Jens Büttner

Die Gewerkschaft ver.di hatte für den Tag der Parlamentsdebatte zu einer Demonstration vor dem Schweriner Schloss aufgerufen.

Eigentlich lehne er grundsätzlich Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen ab, sagte der CDU-Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller**. Aber bei einem Konzern, bei dem der Staat Miteigentümer ist, sei das etwas anderes. „Hier ist eine Einflussnahme der Politik gerechtfertigt“, betonte er. Auch er sieht keine betriebswirtschaftlichen Gründe, die eine Verlagerung des Standortes nach Hamburg rechtfertigen würden. Die Spitze der Telekom werde mit ihrer Entscheidung ihrer Verantwortung als Unternehmer nicht gerecht. Er hofft auf einen positiven Ausgang der Gespräche.

Für **Udo Pastörs** (NPD) zeigt sich an diesem Fall die „faktische Machtlosigkeit der Politik gegenüber den Großkonzernen“. Der Staat gebe durch die Privatisierung von Post und Telekom die Möglichkeiten einer konkreten Mitbestimmung aus der Hand. Die Arbeitnehmer würden bei den geplanten Umstrukturierungen für einen Hungerlohn noch einen Drei-Stunden-Arbeitsweg in Kauf nehmen müssen, bemängelte er.

Helmut Holter (DIE LINKE) betonte: „Wir als zufriedene Kunden der Telekom erwarten die Solidarität auch zurück.“ Es müsse am Vortag der Deutschen Einheit bei den unternehmerischen Entscheidungen auch ein Signal für Ostdeutschland ausgehen, unterstrich er.

Landesblindengeld

Sparpläne stießen auf Widerstand der Opposition

■ Die von der Regierung geplante Kürzung des Landesblindengeldes hat am 24. September zu einer heftigen Debatte im Landtag geführt. Sozialminister Erwin Sellering, der den Gesetzentwurf einbrachte, hat die vorgesehene Änderung verteidigt. Mecklenburg-Vorpommern habe derzeit das zweithöchste Landesblindengeld bundesweit und müsse sparen, sagte er. Ab 2019 bekomme das Land keine Transferleistungen mehr. Dem Entwurf zufolge soll der monatliche, einkommensunabhängige Zuschuss für blinde Erwachsene von derzeit 546,10 Euro auf 333 Euro gesenkt werden. Hochgradig sehbehinderte Erwachsene würden statt bisher 273,05 Euro nun noch 166,50 Euro erhalten.

Sozialminister Erwin Sellering hob den ab 2010 geplanten Härtefallfonds hervor, der mit jährlich 500.000 Euro ausgestattet sein soll. Damit können Blinde, aber auch Taube und anderweitig Behinderte in besonderen Lebenssituationen unterstützt werden. Dies sei ein Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit, sagte der Minister. Das Gesetz soll nach den Plänen der Regierung bereits 2009 in Kraft treten.

Der Gesetzentwurf wurde nach der Debatte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Die Oppositionsparteien lehnten die Regierungspläne dagegen rundweg ab und stimmten auch der Überweisung des Entwurfs zur weiteren Diskussion in die Ausschüsse nicht zu. Sie wollen das Landesblindengeld in der bisherigen Höhe beibehalten. Redner von SPD und CDU erklärten, sich in den bevorstehenden Ausschuss-Beratungen für geringere Kürzungen starkmachen zu wollen. Drei Abgeordnete der SPD stimmten ebenfalls gegen die Überweisung. Nach Aussage von Heike Polzin (SPD) müssten jetzt viele Landesgesetze auf den Prüfstand, um festzustellen, welche Leis-

tungen im Sozialbereich noch möglich sind. „Kürzungen fallen nie leicht“, betonte die Abgeordnete. „Aber gar nichts tun, das geht auch nicht.“ Die Regierung habe ihre Hausaufgaben gemacht. Nun müsse das Parlament kritisch bewerten, was zu ertragen ist und was nicht. „Wir müssen mit den Betroffenen reden und dann entscheiden, was bestmöglich ist“, unterstrich sie. „Wir werden alle Spielräume ausloten. Ich denke, dass wir einen Kompromiss finden werden, mit dem alle leben können.“

Die Linke-Abgeordnete Irene Müller sagte, eine Kürzung würde die Teilhabe blinder Menschen am Leben einschränken. Die Regierungspläne nannte sie skandalös und böseartig. Den blinden Menschen werde massiv und ohne Grund in die Tasche gegriffen. „Alle Bundesländer, die bisher ihr Landesblindengeld gekürzt haben, haben es an einer fachlichen Begründung fehlen lassen und aus rein fiskalischen Gründen gestrichen“, betonte sie. „Dass die Kürzung des Landesblindengeldes im Jahr 2009 um mehr als acht Millionen Euro nötig ist, um im Jahr 2020 ein starkes, eigenständig lebendes Bundesland zu sein, das erklären Sie bitte noch mal für alle nachvollziehbar, insbesondere den betroffenen Menschen“, forderte sie die Regierungsfaktionen auf.

Der parlamentarische Geschäftsführer der mitregierenden CDU, Harry Glawe, versicherte, auch künftig werde das Landesblindengeld ein hohes Niveau haben, ob es nun „333 oder 400 Euro“ betragen werde. Er verwies aber auch darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern in einigen Jahren aus eigener Finanzkraft leben müsse. Dazu sei dieses Gesetz nötig. Er kündigte zugleich an, dass seine Fraktion die vorgeschlagenen Kürzungen genau analysieren werde. „Erst am Ende einer ausführlichen Beratung mit den Betroffenen in den Fachausschüssen des Parlaments wird ein Beschluss stehen“, versicherte er. Er regte an, bei den Beratungen auch über einkommensabhängige Zuschüsse nachzudenken.

Der sozialpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Ralf Grabow, bezeichnete die Vorschläge als „grotten-schlecht“. Der Gesetzentwurf sei nicht einmal beratungswürdig. Er warf dem Sozialminister fehlendes soziales Bewusstsein vor. „Die Diskussion, wie viel Geld ein erblindetes Auge wert ist, darf nicht fortgesetzt werden“, betonte er. „Diese Dis-

kussion ist scheinheilig und hat mit einer Politik, die sich mit den Interessen körperlich Benachteiligter angemessen auseinandersetzt, nichts zu tun.“ Er forderte die Landesregierung auf, die Streichpläne „endgültig zu den Akten“ zu legen.

Nach Ansicht des NPD-Abgeordneten Stefan Köster gibt es keinen sachlichen Grund für die geplanten Kürzungen. So lange „Steuergelder im vergeblichen Kampf gegen Volkstreue verschwendet“ würden, seien Streichungen in diesem Bereich nicht nötig. Er erinnerte zudem an die hohen Preissteigerungsraten der vergangenen Jahre. Die Sozialdemokratie, so der NPD-Politiker, habe sich zu einem „Verfechter des Neoliberalismus“ gewandelt. Der Gesetzentwurf gehöre in den Papierkorb.

Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Prof. Dr. Wolfgang Methling, forderte: „Hände weg vom Landesblindengeld!“ Etwas anderes komme für seine Fraktion nicht in Frage. „Kürzung ist Kürzung. Auch wenn sie niedriger ausfällt, als ursprünglich geplant.“ Seine Fraktion lehne eine Überweisung in die Ausschüsse ab.

Sebastian Ratjen (FDP) fragte rhetorisch: „Minister Sellering ist doch noch Vorsitzender der Sozialdemokratie?“ Er kritisierte, dass die Kürzungen ohne Rücksprache mit den Verbänden geplant worden seien. Den betroffenen Menschen würden von heute auf morgen 40 Prozent der Zuschüsse gestrichen werden.

BLINDENGELD IM LÄNDERVERGLEICH

Bundesland	Volljährige	Minderjährige
Nodr.-Westf.	588,16 €	294,58 €
M-V	546,10 €	273,05 €
Hessen	505,80 €	294,08 €
Bayern	500,00 €	500,00 €
Berlin	470,53 €	470,53 €
Hamburg	448,00 €	448,00 €
Baden-Würt.	409,03 €	204,52 €
Saarland	438,00 €	293,00 €
Rheinl.-Pfalz	410,00 €	205,00 €
Schleswig-Hol.	400,00 €	200,00 €
Bremen	345,86 €	172,93 €
Brandenburg	266,00 €	133,00 €
Sachsen-Anh.	350,00 €	250,00 €
Sachsen	333,00 €	250,00 €
Niedersachsen	220,00 €	300,00 €
Thüringen	220,00 €	220,00 €

Quelle: Finanzministerium M-V

„Nun haben wir einmal auch im Bundesvergleich vernünftige Leistungen, dann tut der Minister so, als müsse er sich dafür entschuldigen“, bemängelte er.

Das Landesblindengeld war 1991 von der damaligen CDU/FDP-Regierung eingeführt worden, um die höheren Aufwendungen Blinder im Alltag auszugleichen.

Bibliotheks-konzept M-V

Landtag für Gespräche mit Kommunen

■ In jüngerer Vergangenheit haben Bibliotheksschließungen der Landespolitik Sorge bereitet. Am 24. September beschäftigte sich das Parlament deshalb gleich mit mehreren Anträgen zu diesem Thema. Bibliotheken in Mecklenburg-Vorpommern sollen auch künftig flächendeckend und in hoher Qualität den Bürgern als Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehen, hieß es im Antrag der Regierungskoalitionen. Darin wurde die Landesregierung aufgefordert, im Gespräch mit den Kommunen zu prüfen, ob ein Entwicklungskonzept notwendig ist. Die Zahl der „weißen Flecken“ in der Bibliothekslandschaft soll geringer werden.

Deshalb sei der Antrag notwendig, sagte **Dr. Klaus-Michael Körner** (SPD). Sollte sich das Konzept als erforderlich herausstellen, müsse es unter anderem die Sicherung der flächendeckenden Bibliotheksversorgung nach Qualitätsstandards festschreiben. Auch die Instandsetzung und Materialversorgung von „Fahrenden Bibliotheken“, die Präsenz von Bibliotheken im Internet sowie die Fort- und Weiterbildung für Bibliotheksmitarbeiter sollten festgelegt werden, meinte Körner.

„Die Zeit des Redens ist vorbei. Jetzt müssen Taten folgen“, betonte dagegen Landtagsvizepräsident **Hans Kreher**, der den Antrag der FDP-Fraktion einbrachte. Die Liberalen fordern von der Landesregierung, bereits bis Frühjahr 2009 ein Bibliotheksförderprogramm vorzulegen. Bibliotheken seien als Erinnerungsorte ein wesentlicher Bestandteil der Kulturge-

schichte und als Wissensvermittler auch Teil der Bildungsgeschichte, hieß es zur Begründung. Sie seien zudem für ein demokratisches Gemeinwesen unverzichtbar.

DIE LINKE verlangte in einem Änderungsantrag ein Entwicklungskonzept und nicht nur die Prüfung eines solchen.

Die NPD forderte, private Initiativen zu unterstützen. Alle Anträge der Oppositionsfraktionen wurden nach langer Debatte abgelehnt. Dem Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und CDU stimmten die Abgeordneten schließlich mit großer Mehrheit zu.

„Die öffentlichen Bibliotheken genießen innerhalb der Landesregierung einen hohen Stellenwert“, versicherte Bildungsminister **Henry Tesch**. Sie befänden sich aber in kommunaler Trägerschaft. Deshalb hänge ihre Strukturentwicklung im Wesentlichen von der Planung der Landkreise ab. Kernaufgabe der Bibliotheken sei es, allen Bürgern die gleiche Chance auf Zugang zu den Wissensquellen zu bieten. Der Minister regte den Aufbau von digitalen, virtuellen Bibliotheken an. Die Landesregierung werde gemeinsam mit den Kommunen die Entwicklungsmöglichkeiten der Bibliotheken beraten, versprach der Minister.

Die Prüfabicht der Koalition geht der Fraktion DIE LINKE nicht weit genug. Dies reiche nicht aus, um die besorgniserregende Entwicklung im öffentlichen Bibliothekswesen im Land zu stoppen, erklärte deren kulturpolitischer Sprecher **Torsten Koplín**. Eine Anhörung von Experten auf Antrag der Linksfraktion habe deutlich gemacht, dass „wir sowohl ein Landesbibliotheksgesetz als auch ein Bibliotheksentwicklungskonzept brauchen“. Ein Entwicklungskonzept soll nach Auffassung der Linksfraktion insbesondere Standards benennen. Ein Bibliotheksgesetz müsse die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Bibliotheken und Aussagen zur Finanzierung treffen. Die virtuelle, digitale Bibliothek wird seinen Worten nach eine immer größere Rolle spielen. Sie sei aber kein „Instrument“ gegen bereits entstandene weiße Flecken. „Ich kann nur vor einer Reduzierung der tatsächlichen Bibliotheken warnen. Denn damit einher ginge eine Abwertung des Buches selbst.“ Ein starkes Bibliothekswesen stärke auch die Demokratie.

Der CDU-Abgeordnete **Jörg Vierkant** warnte davor, falsche Erwartungen zu



Foto: Jens Büttner

wecken, und zeigte sich skeptisch über den Sinn eines Bibliotheksgesetzes oder Förderprogramms. „Wer suggeriert, dass damit unter Umständen die Schließung einer konkreten Bibliothek verhindert werden könnte, täuscht die Öffentlichkeit.“ Deshalb werde seine Fraktion die Anträge der Opposition ablehnen. Öffentliche Bibliotheken stünden in kommunaler Verantwortung. Deren Erhalt und Ausbau sei eine freiwillige kommunale Leistung. „Das Land sollte sich hier nicht über Gebühr einmischen“, sagte er. **Birger Lüssow** (NPD) warf den demokratischen Parteien „Versagen“ vor. Sie hätten es nicht geschafft, eine flächendeckende Versorgung mit Bibliotheken zu gewährleisten. Dabei wäre Geld dafür vorhanden, sagte er und nannte als Beispiel Mittel aus „unsäglichen Projekten gegen die NPD“. Er sprach sich für eine „nationale Bibliothek“ im Landtag aus und forderte, wie im Antrag seiner Fraktion formuliert, unter anderem die „Pommersche Volksbücherei in Anklam“ zu unterstützen.

Dr. Klaus-Michael Körner (SPD) sprach sich als Redner in der Debatte gegen den FDP-Antrag aus: „Sie sagen nicht, woher die Mittel für ein Förderprogramm kommen sollen. So ist der Antrag unvollständig und wir lehnen ihn ab.“ **Hans Kreher** (FDP) widersprach: Es gehe nicht um eine weitere Erhöhung der Mittel, sondern vor allem um „Verlässlichkeit“.

Nationalparke

FSC-Zertifizierung hinterfragt

■ Auf Antrag der FDP-Fraktion debatierte der Landtag am 25. September die Frage, ob eine FSC-Zertifizierung in Nationalparksen verzichtbar ist und deshalb die bisher geltende Regelung auslaufen soll. Die Liberalen begründeten ihren Antrag damit, dass Nationalparke Naturschutzgebiete seien und somit eine direkt forstliche Nutzung nicht erfolge.

Was ist FSC und zu welchem Zweck gibt es für Nationalparke ein Zertifikat, spricht ein Zeugnis, mag sich der Leser fragen. Antworten hierauf hat es während einer Anhörung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (Agrarausschuss) gegeben, die bereits am 29. Mai 2008 durchgeführt worden war. FSC steht für „Forest Stewardship Council“, was auf deutsch wörtlich „Wald Verwalteramt Rat“ oder im übertragenen Sinne „Sachwalter des Waldes“ bedeutet. Der Rat ist eine internationale, gemeinnützig und unabhängig arbeitende Organisation, die sich einer verantwortungsvollen Waldbewirtschaftung verschrieben hat. Dabei wird sie von Umweltverbänden, Gewerkschaften, Waldbesitzern und Holzwirtschaftsunternehmen unterstützt. Mit der Zertifizierung wird nach außen sichtbar dokumentiert, dass bei der Nutzung der Forsten bestimmte Kriterien eingehalten werden, die sowohl wirtschaftliche als auch soziale und Umweltaspekte berücksichtigen.

Die während der Anhörung kontrovers diskutierte Frage, ob ein Zertifizierungssystem für die Bewirtschaftung von Wäldern Anwendung finden sollte, die in Nationalparksen liegen, also irgendwann einmal nicht mehr genutzt werden sollen, hat die FDP mit ihrem Antrag erneut thematisiert.

Nach kontroverser Aussprache im Plenum wurde der Antrag an den Agrarausschuss überwiesen.

Gewählt

Mothes im Beirat der BIRTHLER-Behörde

■ Auf Vorschlag der Landesregierung wählte der Landtag Jörn Mothes in den Beirat der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Mothes löst Landessuperintendent Christoph Stier ab, dessen Amtszeit abgelaufen ist. Laut Stasiunterlagengesetz gehören dem Beirat 17 Mit-

glieder an: neun Vertreter werden von den ostdeutschen Bundesländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen benannt, weitere acht vom Bundestag gewählt. Die Beiratsmitglieder werden für fünf Jahre gewählt. Das Gremium begleitet die Arbeit der Bundesbehörde, berät die Bundesbeauftragte Marianne Birthler und bewertet die Tätigkeitsberichte. Mothes war von 1998 bis 2008 Landesbeauftragter für die Stasiunterlagen in Mecklenburg-Vorpommern.

Was das Plenum noch beschäftigte

Polnisch im Kindergarten

■ Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung sowie insbesondere der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Polnisch als Sprache des Nachbarn in Kindertagesstätten im grenznahen Bereich anzubieten. Einem entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen stimmte der Landtag am 25. September zu. Wer Heranwachsenden beiderseits der Grenze Perspektiven und Zukunft geben wolle, müsse ihnen das Erlernen der Sprache des Nachbarn ermöglichen, heißt es zur Begründung. Die Überwindung der Sprachbarriere stehe an erster Stelle, um ein gutes Miteinander zu gestalten. (Drucksache 5/1794)

Ausschüsse nicht öffentlich

■ Auch künftig werden gemäß Artikel 33 der Landesverfassung die Ausschüsse des Landtages in der Regel nicht öffentlich beraten. Einen Antrag der FDP, Ausschussberatungen öffentlich durchzuführen und die Verfassung entsprechend zu ändern, fand im Landtag keine Mehrheit. Die FDP argumentierte mit mehr Transparenz von politischen Entscheidungsprozessen. Die Öffnung der Ausschussberatungen würden insbesondere Lobbyisten zur Einflussnahme auf Entscheidungen nutzen, so die Gegner des Vorschlags. Eine unabhängige Meinungsbildung sei dann nicht möglich. (Drucksache 5/1707)

Nichtraucherschutz

■ Der Landtag lehnte am 25. September eine Novellierung des Nichtraucherschutzgesetzes ab. Die FDP hatte gelockerte Regelungen für „getränkeorientierte Kleingastronomie“ („Eckkneipen“) gefordert und sich dabei auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 2008 berufen. Die Mehrheit der Parlamentarier sprach sich jedoch dafür aus, den Nichtraucherschutz nicht aufzuweichen, und lehnte Sonderregelungen ab. (Drucksache 5/1713)

Hochschulgesetz

■ Der Antrag von SPD und CDU zur Änderung des Landeshochschulgesetzes wurde nach Erster Lesung am 24. September in den Bildungsausschuss überwiesen. Die Gesetzesnovelle sieht vor, dass die Hochschulen für die Verwaltungsleistungen, die sie für die Studierenden außerhalb der fachlichen Betreuung erbringen (Immatrikulation, Beurlaubung, Rückmeldung, Exmatrikulation, Prüfungsorganisation, allgemeine Studienberatung, Benutzung der Bibliotheken und EDV), einen Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 50 Euro pro Semester erheben. Ziel sei es, Einnahmeverluste der Hochschulen zu vermeiden, da diese wegen der fehlenden Ermächtigungsgrundlage derzeit auf die Erhebung von Einschreib- und Rückmeldegebühren verzichten. (Drucksache 5/1796)

Regierung bringt Theaterkonzept auf die Bühne

Heftige Debatte um Pläne des Kultusministers

■ Kultusminister Henry Tesch hat am 26. September das Theater- und Orchesterkonzept der Regierung im Landtag gegen heftige Kritik der Opposition verteidigt. Anträge von FDP und LINKE, mit der die Landesregierung zu einer Änderung ihrer Vorschläge aufgefordert werden sollte, wurden mehrheitlich abgelehnt. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

„ Theater und Orchester sind kein Luxus“



Prof. Dr. Wolfgang
Methling,
DIE LINKE

■ „Das Eckpunktepapier der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen ist eine Kampfansage an die Theater und Orchester, ein Angriff auf die Vielfalt der künstlerischen Handschriften und auf deren Eigenständigkeit“, sagte Prof. Dr. Wolfgang Methling

(DIE LINKE), der den Antrag seiner Fraktion begründete. Der Proteststurm aus den kommunalen Vertretungen und der Bevölkerung sei mehr als berechtigt. Der Vorsitzende der Linksfraktion bezeichnete es als den größten politischen Fehler, dass auf die Einbeziehung der Theater, Orchester und deren Träger verzichtet worden sei. Seine Fraktion habe bereits Ende 2007 die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur Sicherung der Theater und Orchester des Landes sowie Maßnahmen zur Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu erarbeiten. Beide Anträge seien abge-

lehnt worden, ebenso wie die Forderung nach einem Kulturkonzept des Landes. Die Diskussionen um eine Änderung der Theater- und Orchesterstrukturen sind Methling zufolge keine Folge einer Krise der Theater, sondern der Krise der öffentlichen Finanzen. Heute würden Kunst und Kultur als eine Garnierung auf dem Teller angesehen, die man sich nur in guten Zeiten leisten könne. „Theater und Orchester sind kein Luxus“, betonte er. „Sie gehören zur Daseinsvorsorge, für die das Land, die Kreise und die Kommunen zuständig sind.“ Eine Diskussion über den Stellenwert der Orchester und Theater sei eine zutiefst politische Frage und müsse auch als eine solche geführt werden. Das Wichtigste sei das Gespräch mit den Beteiligten. „Und dies muss schnellstens hergestellt werden, um zu Lösungen zu kommen“, so Methling.

„ Theater und Orchester sind kulturelle Leuchttürme“



Hans Kreher,
FDP

■ „Was ist uns Kultur wert? Welchen Wert schafft Kultur?“, fragte Hans Kreher (FDP), der den Antrag seiner Fraktion zur Theater- und Orchesterfinanzierung in den Landtag einbrachte. Der rot-roten Vorgängerregierung warf er vor, dieses Problem einfach ausgesessen zu haben. Die nun vorliegenden Vorschläge des Bil-

dungsministers allerdings seien selbst in den eigenen Reihen umstritten. „Mit solchen Ideen kann man keine Würstchenbude leiten“, zitierte Kreher einen Intendanten, „der sich von dieser Landesregierung verraten und abgewickelt fühlt“. Die Theater und Orchester des Landes sind Kreher zufolge nicht nur ein Teil der kulturellen Identität des Landes, sondern auch „kulturelle Leuchttürme, die weit über die Landesgrenzen hinaus strahlen“. Dieses kulturelle Fundament gelte es in der gesamten Fläche des Landes und über alle Alters- und Sozialstrukturen hinweg zu entwickeln und zu stärken. Selbst wenn die Landesregierung von einer Verstärkung der Mittel spreche, wer-

de das angesichts der Kostensteigerungen der Situation der Spielstätten in keiner Weise gerecht, kritisierte Kreher. Er warnte vor Qualitätsminderung bis hin zur Aufgabe einzelner Sparten oder ganzer Spielstätten. „Sind erst einmal Sparten und Spielstätten geschlossen, ist es eher unwahrscheinlich, dass diese Strukturen wiederhergestellt werden können“, sagte er. Daher dürfe ein neues Konzept nicht einfach auf Zwangsfusionen und Umverteilungen der Finanzen aufbauen. Vielmehr müssten die Ressorts Kultur, Wirtschaft, Soziales und Agrar gemeinsam ein differenziertes und zukunftsweisendes Konzept zur Theater- und Orchesterförderung entwickeln. Seine Fraktion wolle darüber gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen und mit der Linken im Kulturausschuss beraten. „Für die Theater tragen wir alle Verantwortung“, betonte Kreher.

Minister Henry Tesch:

„Künstlerische Qualität durch tragfähige Strukturen sichern“



Fotos: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

In Mecklenburg-Vorpommern werden zurzeit vier Mehrspartentheater – Musiktheater mit Oper, Operette, Musical, Ballett, Schauspiel, Konzertwesen mit eingebundenen Orchestern –, drei Einspartentheater und zwei Bauspieltheater ohne eigenes Ensemble betrieben. Das künstlerische Leistungsniveau der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern findet bundesweit Beachtung. [...]

Träger der Theater sind die jeweiligen Kommunen. [...] Sie sind dafür verantwortlich, welches und wie viel Theater vorgehalten und angeboten wird. Und ich weise darauf hin, dass jedes Jahr knapp 36 Millionen Euro aus Mitteln des Finanzausgleiches FAG kommen.

Und das ist seit 1997 gesichert worden. Auch die Zuweisungen der einzelnen Kommunen sind in den letzten Jahren weitgehend stabil geblieben [...], und die Haushaltslage der Theater tragenden Kommunen ist angespannt.

[...] Bei einer Fortführung der Betriebe wie bisher [...] ist eben die Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern in der jetzigen Qualität und mit den vorhandenen Mitteln des Landes und der Kommunen einschließlich eigener Einnahmen langfristig nicht zu sichern [...]

Gemäß Koalitionsvertrag Ziffer 199 soll die Theater- und Orchesterlandschaft des Landes so strukturiert werden, dass sie ihrer kulturpolitischen Bedeutung gerecht wird und langfristig mit den ihr zur Verfü-

gung stehenden Finanzmitteln tragbar ist für unser Bundesland [...] In diesem Zusammenhang hat das Kabinett am 26. August 2008 einstimmig das Diskussions- und Eckpunktepapier der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern 2010 bis 2020 beschlossen. [...]

Noch am gleichen Tage habe ich mich zu einem ersten Gespräch mit der Gewerkschaft der Mitglieder der professionellen Kulturorchester, Rundfunkchöre und Bigbands in Deutschland und der Deutschen Orchestervereinigung getroffen [...] Und es hat erste Gespräche mit den Theater tragenden Kommunen aus dem Kulturkooperationsraum I und II* an dem Tag und am Folgetag gegeben. [...]

Die Landesregierung betrachtet die Sicherung einer hohen künstlerischen Qualität des Theater- und Konzertwesens durch tragfähige personelle und finanzielle Strukturen als einen wichtigen Schwerpunkt der Kulturförderung. Sie wird daher den Vorwegabzug im Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern Paragraph 10 c für die Theater tragenden Kommunen bis zum Jahr 2020 mit jährlich 35,8 Millionen Euro verstetigen. [...]

Die Landesregierung geht davon aus, dass die Theater tragenden Kommunen sich angemessen an der Finanzierung ihrer Einrichtung beteiligen. Das bedeutet mindestens [...] eine Höhe von 50 Prozent der jeweiligen fixen Landesanteile aus Grundbetrag und Einwohnern in der Theaterregion.

Das Innenministerium als oberste Rechtsaufsichtsbehörde wird dies bei den Entscheidungen zu den Haushalten der unter ihrer Aufsicht stehenden Kommunen berücksichtigen und den unteren Rechtsaufsichtsbehörden Hinweise für die Prüfung der von ihnen beaufsichtigten kreisangehörigen Gemeinden geben.

Bei der Erarbeitung des Konzeptes waren folgende Rahmenbedingungen zu berücksichtigen:

Erstens [...] Mit den Einwohnerzahlen sinken auch die Mittel aus dem länderübergreifenden Finanzausgleich, der derzeit rund 2.400 Euro pro Jahr und Einwohner ausmacht.

Zweitens [...]: Der Rückgang der Einnahmen aus dem Solidarpakt II wird bis 2020 circa zwei Milliarden Euro betragen. [...]

Der dritte Punkt: [...] Im Ländervergleich fällt der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Theater und Musik am Bruttoinlandsprodukt in Mecklenburg-Vorpommern mit 0,24 Prozent deutlich höher aus als in anderen finanzschwachen Flächenländern [...]

Vierter Punkt muss die gesamte Kulturförderung in Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigt werden: [...] Der Anteil der Theater- und Orchesterförderung beträgt dabei rund 53 Prozent dieser Ausgaben [...] Mehr als die Hälfte der Kulturausgaben des Landes fließen also in diesen exponierten Bereich. Es ist auch weiter unsere Aufgabe, die Balance zwischen den einzelnen Kulturbereichen zu halten [...]

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz der weiterhin notwendigen Haushaltskonsolidierung, trotz sinkender Einnahmen verpflichtet sich das Land, seinen Beitrag zur Förderung der Theater- und Orchesterlandschaft bis 2020 auf diesem Niveau von 35,8 Millionen Euro zu halten. Die Landesregierung unterstreicht damit nachhaltig die Bedeutung, die sie den Theatern und Orchestern, der Kultur in diesem Land beimisst, und nimmt ihre Verantwortung für die Schaffung der Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern ausdrücklich wahr. [...] Herzlichen Dank.“

* Nach den Plänen der Regierung soll es im Land künftig zwei Kulturkooperationsräume mit je einem Mehrspartentheater und einem Orchester geben.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:

„Der gegenwärtige Status ist nicht zu erhalten“



Foto: Cornelius Kettler

■ [...] Aus meiner Sicht ist dieses Thema von Finanzen nicht loslösbar und ich muss in diesem Raum wohl nicht extra noch einmal unterstreichen, wie sich die finanzielle Situation des Landes bis zum Jahr 2020 darstellt. Ich gehe davon aus, dass alle Abgeordneten wissen, dass sich die Einnahmesituation des Landes bis dahin drastisch reduzieren wird aus den bekannten Gründen Solidarpakt II, Länderfinanzausgleich. [...]

Vor diesem Kontext ist es natürlich eine äußerste Anstrengung des Landes, hier eine Mittelzuweisung von 35 Millionen Euro als Landesmittel für die Theater für die nächsten zwölf Jahre zu verstetigen. Das sind zwei Bewegungen, die nicht parallel laufen. Das ist eine Bewegung, die eindeutig für die Kultur läuft.

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Ja, das stimmt so. –

*Zurufe von Ministerin Sigrid Keler
und Minister Henry Tesch)*

Sie alle wissen, dass wir, wenn wir den gegenwärtigen Status der Theater- und Orchesterlandschaft erhalten wollen bis zum Jahr 2020, enorme finanzielle Zuwächse haben. Sie wissen, dass der gegenwärtige Status, also vier Mehrspartenhäuser, drei Einspartenhäuser, zwei Beispieltheater, nicht zu erhalten ist, ohne dass das Land im zweistelligen Bereich Mittel drauflegt. Das wissen Sie. [...]

Ich bin schon sehr dankbar, dass das Ministerium endlich ein Konzept vorgelegt

hat, mit dem man sich auseinandersetzen kann, an dem man sich auch reiben kann.

[...] Im Konzept der Landesregierung ist auch noch eine Alternativrechnung vorgestellt, dass man sagt, wir versuchen noch einen weiteren Weg vorzuschlagen, nämlich die Bildung eines Landesorchesters. Sie wissen alle, dass die Orchester der teure Teil bei der Gesamttheaterlandschaft sind. Deshalb hat die Landesregierung gesagt [...] wir bilden ein Landesorchester. Das ist das Teuerste, das übernehmen wir mit 150 Musikern und damit sind [...] die Kommunen erst einmal entlastet. Bisher habe ich noch niemanden gehört, der dieses unterstützt hat. Aber immerhin muss man der Landesregierung zugute halten, sie hat sich bemüht, hier einen Weg zu finden, der dauerhaft dazu führen würde, dass die Kommunen die zugestandenermaßen geringeren Kosten für Schauspiel- und Musiktheater selbst dauerhaft tragen könnten. [...]

Ich war in den letzten zwei Wochen viele, viele Stunden unterwegs im Land, habe mit [...] Intendanten sowie [...] Kommunen geredet, und ich machte folgende Wahrnehmung: Hinter verschlossenen Türen sagen einem Kommunalpolitiker, sagen einem Intendanten, dieses Konzept ist alternativlos.

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Ja, das hör ich auch.

Genau das hör ich auch.)

Hinter verschlossenen Türen sagen sie, wir

haben keine andere Alternative, wir sehen keinen anderen Weg, aber ich bitte um Verständnis, wenn wir das nicht öffentlich sagen. Und wenn sie dann vor die lokale Presse treten, dann sagen die gleichen Personen etwas anderes, dann lassen sie den Kommunalpolitiker raushängen und sagen, keine Veränderung für uns, wir wollen unbedingt unseren Standort erhalten. [...]

Das, was die Tanzkompanie Neustrelitz macht, begrüße ich außerordentlich, und Sie wissen, ich komme aus Neustrelitz und ich war damals Gründungsmitglied [...]. Es tut mir furchtbar weh, aber ich sehe keine Alternative.

Und was Herr Bordel in Anklam macht, das verdient allerhöchste Anerkennung, nicht nur im künstlerischen Bereich, sondern auch im sozialpädagogischen Bereich, alle Achtung.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen*

der SPD, CDU und DIE LINKE –

*Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Stimmt.)*

[...] Ich habe auch mit Parchimer Künstlern geredet. Sie wollen natürlich sagen, wir wollen das beibehalten. Und es ergibt sich in meinen Augen so etwas wie ein Pseudokonzept, dass insbesondere die Einspartenhäuser mittlerweile dahin tendieren, dass sie sagen, was wir machen, das ist phantastische Arbeit. Wir haben ein Kosten-Nutzen-Verhältnis, also Besucherzahlen im Verhältnis zu den finanziellen Aufwendungen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

[...] Wir werden nicht alles weiterfinanzieren können. Aber wir müssen nach Mitteln und Wegen suchen, dass in Parchim, Anklam und so weiter auch weiterhin Kultur möglich ist.

Ist das denn Ihr Konzept, dass Sie sagen, wir müssen die Orchester platt machen und das Geld nutzen, um im Land flächendeckend zu werden? Regionalliga ist auch nicht schlecht. Dann haben wir eben im Land nur noch eine Regionalliga und keine Landesliga mehr. Bundesliga findet dann nur noch während der Festspiele statt. [...]

Ich habe deutlich gemacht, dass es ein Konzept der Einsparungen und auch ein Konzept der ganz klaren Einschnitte gibt. Was heißt rund? Aber die Frage lautet, gibt es Alternativen? Auch wenn hier einige Abgeordnete im Kreistag dieses und jenes machen, ich stehe nicht dafür. Möglicherweise kennen Sie die Gesamtsituation noch nicht so deutlich, wie ich sie als kulturpolitischer Sprecher kenne. Wir werden uns auseinanderzusetzen haben und an diesem Punkt, denke ich, kann jeder lernfähig sein. [...]

Ich sehe teilweise bei den verantwortlichen Kommunalpolitikern und bei den Kulturschaffenden [...] eine unterschiedliche Äußerung dergestalt, dass sie hinter verschlossenen Türen sagen, ja, wir haben kein Alternativkonzept und das, was das Land vorschlägt, ist so falsch nicht, aber öffentlich anders votieren. Das kann [...] dazu führen, dass mangels Blick über den lokalen Tellerrand dieses Konzept scheitert. Wenn alle Lokalpolitiker und alle Intendanten weiterhin öffentlich sagen, wir schauen nur auf unseren Standort und was das

Land macht, interessiert uns nicht, dann wird dieses Konzept scheitern. [...]

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

[...] aber ich kann nur nach dem Prinzip gehen: „Leben und leben lassen.“ Es kann doch nicht danach gehen, dass jeder nur sagt, ich will leben und das Land soll geben, und was woanders passiert, dass interessiert mich nicht. Das funktioniert doch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten

der Fraktion der SPD –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Das ist richtig. –

Heike Polzin, SPD: Ja, ja! –

Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

[...] Ich habe deutlich wahrgenommen: [...] das Ministerium führt Gespräche mit den Theater tragenden Kommunen, die auch erforderlich sind. Ich mache das und jeder kulturpolitische Sprecher kann das für sich natürlich auch tun. Damit wird man in der Regel klüger, das kann ich nur

sagen. Aber dann stellt sich die Frage: Wie gehen wir mit diesem Papier der Landesregierung weiterhin um? [...] Es gab zwischen 1998 und 2008 kein Konzept, was mir bekannt ist. Es gab sicherlich Überlegungen in den Ministerien, wie man das weitermachen kann [...] Es gab in der letzten Legislaturperiode natürlich die Bemühungen – Entschuldigung in Richtung Haus –, ein solches Konzept zu erarbeiten. Damals mit dem sicherlich guten Vorschlag, wir nehmen alle Beteiligte an einen Tisch, reden gemeinsam und dann wird am Ende etwas rauskommen. Es gab die so genannte Intendantenkonferenz. Da waren die Intendanten, die Vertreter der Orchester und Theater, die Geschäftsführer und Politiker am Tisch. Diese Gesprächsrunden, die mehrfach angesetzt wurden, gingen aus wie das Hornberger Schießen. Es ist nichts herausgekommen. Es ist gar nichts herausgekommen. [...]

(Jörg Vierkant, CDU: Richtig.)

Danke schön.“

Torsten Koplín, DIE LINKE:

„Was politisch gewollt wird, das wird auch bezahlt“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was ich zu diesem Thema zu sagen habe, habe ich auf diese beiden Eintrittskarten geschrieben.“

*(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Frage doch mal, wer in den letzten
Wochen im Theater war! –
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
Ist ja ein tolles Konzept.)*

Unsere Arbeitsthesen, Herr Dr. Körner, lasse ich auch von Ihnen nicht verunglimpfen. Ich werde darauf noch eingehen. Ich zeige sie deshalb, weil der Bildungsminister in der Pressekonferenz am 26. August gesagt hat: Wer sich dazu äußert, soll seine Billetts daneben legen. Und erst habe ich gedacht, auf den Unsinn musst du nicht unbedingt eingehen, aber dahinter versteckt sich aus meiner

Sicht ein eigentümliches Demokratieverständnis. Ich bin sehr dafür und halte es auch für unabdingbar, dass wir ins Theater gehen, dass wir uns für Kunst und Kultur interessieren und auch auf diese Art und Weise Solidarität mit den Künstlerinnen und Künstlern zeigen beziehungsweise Interesse an ihrer Arbeit dokumentieren. Aber wenn wir einander die Berechtigung absprechen, nur wenn dieses oder jenes gegeben ist, sich zu gesellschaftlichen Prozessen und Themenstellungen zu äußern, dann halte ich das für sehr zweifelhaft [...]

Sie sagen, wir verstetigen die Mittel bis 2020 mit 35,8 Millionen Euro, und verkaufen das als Erfolg. Das ist ein zweifelhafter Erfolg. Nein, nein, nein, nein, ich bezeichne das nicht als Erfolg. Ich will Ihnen auch sagen, warum: Sie betrachten nämlich nicht mit die Geldentwertung bis 2020 [...] Bei einer Inflationsrate, unterstellt von zwei Prozent, das ist beträchtlich unter dem, was zurzeit die Inflationsrate ausmacht, sind die 35,8 Millionen Euro [...] im Jahr 2020 nur noch 28,1 Millionen Euro wert. Sie geben also den Theatern und Orchestern weniger Geld, weniger Geld auf lange Sicht gesehen. [...]

Ein zweiter Punkt ist die Behauptung, das halte ich auch für widersprüchlich, dass es sich hier bei diesem Dokument der Landesregierung um ein Diskussionspapier handelt. Herr Tesch und Herr Caffier, Sie hatten in der Pressekonferenz am 26.08. gesagt, dass ist unser Eckpunkte- und Diskussionspapier. Über zwei Dinge lassen wir nicht mehr mit uns reden: erstens übers Geld und zweitens über die Fusionen. Ja, über was wollen Sie dann noch reden? Was ist denn nun noch Verhandlungsmasse? Was ist Gestaltungsspielraum? Das ist etwas eigenartig. [...]

Der dritte Punkt, den ich für sehr widersprüchlich halte [...] Da begrüßt Frau Keller in dieser Woche völlig zu Recht 220 Arbeitsplätze im Finanzamt Neubrandenburg und sagt, das hat die Dimension eines mittelständischen Unternehmens. Und das ist eine Tatsache. Ich finde es gut, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben

und dort angesiedelt werden. Aber im gleichen Atemzug muss man auch erklären, dass es sich bei diesem Eckpunkte- und Diskussionspapier um die Streichung von 180 Arbeitsplätzen von Künstlerinnen und Künstlern handelt.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Angelika Gramkow, DIE LINKE: Richtig.)*

Das hat die Dimension eines mittelständischen Unternehmens. Sind diese Arbeitsplätze weniger wert? Verdienen diese Arbeitsplätze keine Würdigung? [...] Und wer heute Theater schleift, braucht morgen mehr Geld für Projekte gegen Rechts. [...] Und nun zu den Alternativen: Wenn wir sagen, wir wollen mehr Geld für Kunst und Kultur haben, dann lasse ich das nicht verunglimpfen. Manchmal ist es so, dass man mehr Geld in die Hand nehmen muss [...] Was politisch gewollt wird, das wird

auch bezahlt [...] Wir brauchen eine ressortübergreifende Förderung. Wir brauchen ein Investitionsprogramm für Kulturbauten. Investitionen in Kulturbauten sind Investitionen, wie sie im Buche stehen, wie in anderen Bereichen, im gesellschaftlichen Leben, in der Wirtschaft.

Abschließend, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich verweisen auf eine sehr bemerkenswerte Laudatio oder auf die Antwort auf die Preisverleihung von Uwe Tellkamp, der vor einigen Tagen den „Uwe-Johnson-Preis“ in Neubrandenburg verliehen bekommen hat vom „Nordkurier“ und von der Literaturgesellschaft. Er hat gesagt: „Wir leben in einer kulturfremden Gesellschaft. Eine kulturfremde Gesellschaft ist schlimmer als eine kulturfremde Gesellschaft.“

[...] Die Frage ist, ob wir uns anheften lassen wollen, eine kulturfremde Gesellschaft zu sein?“

Jörg Vierkant, CDU:

„Es muss über Strukturveränderungen gesprochen werden“



Foto: Uwe Bajewski

■ „Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Große Koalition in Mecklenburg-Vorpommern der 5. Legislaturperiode ist die erste in unserem Bundesland, die sich langfristig verpflichtet, 35,8 Millionen Euro für die Theatertragenden Kommunen bis zum Jahr 2020 bereitzustellen. Die Theater- und Orchesterinstitutionen befinden sich ausnahmslos in kommunaler Verantwortung beziehungsweise Trägerschaft.

Das Land ist derzeit in keinem Falle an der Trägerschaft beteiligt und hat somit keine direkte Entscheidungskompetenz für

strukturelle Veränderungen. Wir sind jedoch Geldgeber. Als solcher stehen wir in der Verantwortung und wir stehen uns da nicht raus. Zu dieser Verantwortung gehört, dass wir uns Gedanken darüber machen, ob und wie mit den von uns zur Verfügung gestellten Mitteln langfristig Theater- und Orchesterangebote in hoher Qualität vorgehalten werden können. Zu dieser Verantwortung gehört auch, dass wir alle Beteiligten natürlich darauf hinweisen müssen, dass die Einwohnerzahlen sinken und somit die Mittel aus dem länderübergreifenden Finanzausgleich.

Der Minister wies schon darauf hin, 53 Prozent der Kulturausgaben Mecklenburg-Vorpommerns fließen in die Theater- und Orchesterfinanzierung. Allein durch die zu erwartenden Tarifsteigerungen würden laut Hochrechnung für den jetzigen Personalbestand in den nächsten zwölf Jahren 17 Millionen Euro plus x Kostenhöhung in den Theaterbetrieben einzuplanen sein und die Solidarpakt-II-Mittel werden bis dahin auf Null zurückgefahren. Das sind Fakten, das sind harte Fakten.

Es muss Sie, meine Damen und Herren der Linksfraktion, ja sehr schmerzen, dass nun gerade die Große Koalition mit einem CDU-Bildungs- und Kulturminister in diesem Bereich tätig wird und verantwortlich handelt. Aber müssen Sie deshalb die Fakten, so, wie sie nun einmal sind, auch gleich noch als kulturpolitisches Blendwerk bezeichnen, so, wie Sie es in der vergangenen Woche getan haben? Das ist unredlich. Sie setzen jeden Abend eine Maske auf und spielen, wie die Rolle es verlangt: „Theater, Theater, der Vorhang geht auf, dann wird die Bühne zur Welt.“ Das ist wie ein Rausch.

*(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling,
DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)*

Mir scheint, der eine oder andere hier wechselt das Parlament mit einer Bühne.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie schaffen das auch. –
Udo Pastörs, NPD: Das ist keine
Ahnungs-, sondern Machtlosigkeit.)*

Aber wir alle sitzen hier in einem Parlament und haben Verantwortung, und zwar Verantwortung dem Bürger gegenüber. Theater ums Theater! Ich kann verstehen, sehr geehrte Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, wenn Sie Masken brauchen bei der Aufführung Ihres Stückes „Alles ist bezahlbar“.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, wir verkaufen auch noch was.)

Bei so viel Unredlichkeit würde ich selbst auch rot und würde mein Gesicht verstecken wollen.

Da halte ich mich lieber an der Wahrheit und das sind die Fakten, die ich Ihnen eben benannt habe. Zu dieser Wahrheit gehört, dass ich selbstverständlich keinen Jubelschrei und freudiges Jauchzen von den Theater- und Orchestermitarbeitern erwartet habe, denn natürlich ist diese festgeschriebene Summe zwar auf einem hohen Niveau, aber eben auch ein enger Handlungsrahmen. Dieser Rahmen lässt realistischerweise keine Träumereien zu. Ja, wahrscheinlich sind auch Seifenblasen zerplatzt, doch waren nicht wir es, die diese mit hohen Erwartungen ins Land geblasen haben. Bei unseren Gesprächen vor Ort, meine Damen und Herren, haben wir von vielen

gehört, dass sie nun endlich einmal wissen, woran sie sind, dass sie nun endlich einmal mit einer zugesicherten Summe rechnen können. Und dies hat die Große Koalition ermöglicht. Dafür brauchen wir jedoch nicht die Anträge von der LINKEN und der FDP.

Es gibt bereits einen Kabinettsbeschluss mit entsprechenden Eckpunkten und Vorschlägen zur Entwicklung und darüber werden wir reden.

Und im Gegensatz zu Ihnen von der LINKEN vertrete ich schon die Auffassung, dass selbstverständlich auch über Strukturveränderungen gesprochen werden muss. Ich denke, es ist dringend geboten, sowohl vorhandene Strukturen zu vernetzen als auch zu straffen. Dies kann sowohl qualitative als auch finanzielle Synergien freisetzen.

Sicher, Theater und Orchester dürfen nicht nur unter einer ausschließlich fiskalischen Weise betrachtet werden, aber ganz ohne geht es jedoch auch nicht. Ein Theater ist ein Unternehmen, das Abendunterhaltung verkauft. Da bin ich ganz nahe bei Brecht.

*(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling,
DIE LINKE)*

Und selbstverständlich müssen wir dann auch einmal die Frage stellen dürfen, ob es denn solidarisch ist, wenn wir uns zwei A- und zwei B-Orchester leisten. Das, Herr Kreher, ist die Schieflage, die ich erkenne.

Sind zwei A- und zwei B-Orchester künftig langfristig für unser Land leistbar? Schleswig-Holstein hat beispielsweise nicht ein einziges A-Orchester.

*(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Da liegt ja auch Hamburg dazwischen.)*

Und wenn wir nun schon Fragen stellen, frage ich auch, warum Schwerin ein Einzelergebnis von 22 Prozent und Rostock eines von sage und schreibe nur acht Prozent hat.

Der Frust, der aufgrund des letztgenannten Beispiels bei den Theater- und Orchesterschaffenden im östlichen Landesteil darüber entstanden ist, ist für mich menschlich nachvollziehbar. „Theater, Theater, gehasst und geliebt, Himmel und Hölle zugleich, alles ist nur Theater und ist doch auch Wirklichkeit.“

Auch das ist Wirklichkeit, sehr geehrte Damen und Herren von der linken Seite. Ich glaube, Sie stecken noch immer in der Schublade, in die Sie im Jahr 2000 das Dümcke-Gutachten versenkt haben, ein Gutachten, in welchem viele Strukturvorschläge gemacht wurden und Sie keinen einzigen davon auch nur ansatzweise besprochen beziehungsweise umgesetzt haben.

Dann hätten Sie nämlich mit Wahrheiten agieren müssen und das können Sie nicht. Sie brauchen die Bühnen und die Masken, aber in diesem Hause ist beides nicht verfügbar. – Vielen Dank.“

Raimund Borrman, NPD:

„Betteltheater und verarmte Orchester als Leuchttürme“



■ „[...] Wir Nationaldemokraten stehen uneingeschränkt für den Erhalt von Orchestern und Theatern im Land. Doch es reicht nicht, allein auf das Geld zu schießen. Wir betrachten das Problem – vielleicht auch im Gegensatz zu FDP und LINKE – in einem umfassenden Rahmen.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist klar.)*

[...] Hat Mecklenburg-Vorpommern als Teil Deutschlands noch eine kulturelle

Identität? Ist es nicht längst das erklärte Ziel der herrschenden Oligarchie und damit auch zur Wirklichkeit geworden, diese Identität unter dem Banner einer Vielfalt, die keine Gemeinschaft mehr stiften kann, aufzulösen in Beliebigkeit?

Diese Beliebigkeit mündet in Individualismus und parasitären Egoismus. Während die Zahl von Orchestern und Theatern und ihre Fähigkeit ästhetisch anspruchsvoller Ausstrahlung stetig abnehmen, überflutet

seit Jahren ein anglisierter geistloser Schreilärm unseren Rundfunk, unser Fernsehen, ja, Kaufhäuser und Supermärkte. [...]

Die FDP will Betteltheater und verarmte Orchester als Leuchttürme

*(Gino Leonhard, FDP: Wie schlau!
Wie schlau er doch ist!)*

gegen ein gleißendes Firmament aufge-

stellt sehen. Leuchttürme, dieses Wort ist Legion für gescheiterte Visionen. Keinem wird es schlechter gehen, aber vielen wird es besser gehen. Bürger des Landes, wo stehen Leuchttürme? Dort, wo Menschen den festen Boden unter den Füßen und die Orientierung verloren haben, wenn sie auf dem Meer bei Dunkelheit treiben. Ein Land, das Leuchttürme braucht, erklärt bereits, dass das Umland wie die Polder bei Anklam abgesoffen und nicht mehr zu retten ist. [...]"

Hans Kreher, FDP:

„Bürgerschaftliches Engagement für Theater stärken“



Foto: Cornelius Kettler

■ „[...] Meine Damen und Herren [...] die FDP kann keine Verlängerung des Status quo wollen, denn es ist uns klar, dass so [...] die Theater auf Dauer auch nicht gesichert sind. [...]

Herr Tesch, [...] wir Liberale befürchten, dass das, was Sie wollen, eine Abwärtsspirale in der Theaterlandschaft einleitet [...] Wir brauchen aus unserer Sicht etwas anderes. [...]

Wir wollen das bürgerliche Engagement für die Theater mit fördern [...] Hier sind in Schwerin, in Rostock, in Greifswald, in Neustrelitz, in Neubrandenburg, in Parchim oder wo auch immer, Leute, die sich für ihr Theater einsetzen, in Fördervereinen, [...] durch Stiftungen. Wenn wir das durch das Land noch belobigen, [...] dann werden die Mittel aus der Bevölkerung, [...] mit denen des Landes und vielleicht der Kommunen verbunden. [...]

Zweitens: Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen. Das ist etwas, was wir alle wollen, und zwar die Qualität unserer Bildung verbessern. Und da können Theater eine [...] große Rolle einnehmen [...]

Sie sprechen auch vom lebenslangen Lernen. Dann sagen Sie uns [...] welche Lernorte wir [...] entwickeln wollen. Das ist doch auch Theater. [...] Da gibt es zum Beispiel das, was Herr Bordel macht. [...] Leute mit in das Theater einzubeziehen. [...] dass sind Menschen, Bürger, Bürgerinnen, die sich im Theater mit engagieren. Es ist nicht nur [...], dass die Qualität eines Theaters sich [...] darin zeigt, wie viele Leute dabei sind im Theater, sondern es zeigt sich [...] auch daran [...] was wir hier vor dem Schloss jeden Sommer erleben, die Hotels besser ausgelastet werden. [...] das ist etwas, was [...] im Bereich der Wirtschaft noch stärker mit zu berücksichtigen ist. [...]

Natürlich wollen wir [...] keine [...] unverantwortliche Neuverschuldung unseres Landes. [...] Deshalb haben [...] müssen wir uns Gedanken machen, wie wir das bürgerliche Engagement [...] stärker mit einbeziehen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sagen Sie mal, woher Sie das Geld hernehmen dazu.)

Herr Professor Methling, auf jeden Fall nicht durch ständige Steuererhöhungen, [...] sondern dadurch, dass wir uns Gedanken machen [...] wie wir Kultur, Bildung besser nutzen können, um eine wirtschaftliche Dynamik hier im Land zustande zu bringen. [...]"

Auszüge aus dem Wortprotokoll der Plenarsitzung am 26. September 2008.

THEATER UND ORCHESTER IN M-V

Mehrspartentheater

- Mecklenburgisches Staatstheater Schwerin gGmbH
- Volkstheater Rostock
- Theater Vorpommern Stralsund/Greifswald/Putbus GmbH
- Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz

Einspartentheater

- Mecklenburgisches Landestheater Parchim
- Vorpommersche Landesbühne Anklam GmbH
- Stiftung Deutsche Tanzkompanie Neustrelitz

Bespieltheater

- Theater der Hansestadt Wismar
- Ernst-Barlach-Theater Güstrow

EU-Ausschuss der Regionen

Schweriner Abgeordneter trifft irischen Premierminister

■ **Am Rande einer internationalen Konferenz im irischen Athlone Ende September hat der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Detlef Müller, mit dem irischen Premierminister Brian Cowen Fragen der Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen erörtert.**

Irland gilt hier europaweit als Vorbild. Die irische Wirtschaft erzielte in den letzten Jahren beeindruckende Wachstumsraten, die konstant zu den höchsten in Europa gehören. Damit hat es Irland in einer bemerkenswerten Aufholjagd in rund 15 Jahren von einem der ärmsten zu einem der reichsten Länder Europas geschafft – ein Modell auch für Mecklenburg-Vorpommern, so die Einschätzung von Detlef Müller.

Das Gespräch fand während einer zweitägigen Konferenz der Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialpolitik im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union statt. Die Kommission traf sich im 120 Kilometer westlich von Dublin gelegenen Athlone. Müller ist Mitglied der Fachkommission, die die Interessen der Regionen Europas gegenüber der Europäischen Kommission vertritt. Beide Politiker diskutierten auch das gescheiterte Referendum der Iren zum Vertrag von Lisabon. Müller wies auf die aus seiner Sicht

merkwürdige Situation hin, dass aktuell vor allem die größten Profiteure der europäischen Einigung den weiteren Weg zu einem gemeinsamen Europa blockierten.

Steinkohlekraftwerk Lubmin

Öffentliche Anhörung der Kraftwerksgegner im Wirtschaftsausschuss

■ **Arbeitsplätze und Gewerbesteuern oder Umweltbelastung und Tourismusbremse – die Meinungen zum Bau eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin gehen weit auseinander. Die Kraftwerksgegner haben mit ihrer Volksinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“, die über 30.000 Bürgerinnen und Bürger unterzeichnet hatten, das Thema zur erneuten Beratung in den Landtag gebracht.**

Nach einer kontroversen Debatte im Plenum am 3. Juli (LandtagsNachrichten berichteten) wurde der Antrag zur weiteren Beratung in den Wirtschaftsausschuss, den Agrarausschuss und den Verkehrsausschuss überwiesen.

Gleich nach der parlamentarischen Sommerpause hat der Wirtschaftsausschuss am 10. September in einer öffentlichen Anhörung den Initiatoren der Volksinitiative Gelegenheit gegeben, das Anliegen ihres Antrages zu erläutern.

Die Vertreter der Volksinitiative stützten sich in ihrer Argumentation auf drei zentrale Punkte. Zum einen sei das Kraftwerk

mit dem Tourismuskonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern unvereinbar. Zum anderen würden Kohlekraftwerke hohe CO₂-Emissionen verursachen und damit die Ziele des Energie- und Klimaprogramms der Bundesregierung gefährden. Zudem seien durch die Emissionen des Kraftwerkes schützenswerte Naturräume bedroht. Schließlich sind nach Auffassung der Kraftwerksgegner regenerative Energieträger besser geeignet, Deutschlands Energieversorgung langfristig sicherzustellen.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Befürchtungen der Kraftwerkskritiker sehr ernst. Bereits im Januar 2008 haben sich die Abgeordneten mit der Problematik auseinandergesetzt und im Rahmen einer Anhörung Wissenschaftler von Universitäten und Forschungseinrichtungen, den Investor Dong Energy, Vertreter der Gemeinde Lubmin, der Energiewirtschaft sowie des Hotel- und Gaststättenverbandes M-V nach ihrer Sicht zu dem geplanten Kraftwerk befragt. Nach der nunmehrigen Anhörung der Vertreter der Volksinitiative hat der Ausschuss alle Argumente bewertet und schlägt dem Landtag in der Oktobersitzung vor, den Antrag der Volksinitiative abzulehnen. Die Diskussion innerhalb des laufenden rechtsstaatlichen Genehmigungsverfahrens spiegle sich durch die ca. 9.000 vorliegenden Einwände wider, die in den bevorstehenden Anhörungsverfahren ab dem 28. Oktober Berücksichtigung finden würden. Das Vorliegen dieser Einwände bestätigt aus Sicht des Ausschusses die Transparenz des Genehmigungsverfahrens. Für eine politische Einflussnahme auf das Verfahren sieht der Ausschuss deshalb weder eine Möglichkeit noch eine Notwendigkeit.

Steilküsten in M-V

■ **Anhörung im Agrarausschuss**

Als Rostocker „Stadtkind“ war ich bisher froh über die Erkenntnis, dass Kühe nicht lila sind. Auf dieser guten Grundlage wollte ich nun in Schwerin im Sekretariat des Agrarausschusses des Landtages mein Wissen erweitern.

Mein Praktikum bot mir nicht nur eine gute Vorbereitung auf mein Politikwissenschaftsstudium, sondern auch einen Einblick in ökologische Themen, mit denen ich eher wenig vertraut war. Wie der „Sicherung von Steilküsten an der Küste des Landes M-V“, die am 18. September in einer öffentlichen Anhörung des Agrarausschusses thematisiert wurde. Vier geladene Experten referierten über die Problematik des Küstenschutzes, die nach den Kreideabbrüchen auf Rügen

Anfang des Jahres erneut öffentliches Interesse erlangt hatte. Überraschend einstimmig fiel die Einschätzung der Fachleute aus: Die Küstendynamik sei ein wichtiger natürlicher Prozess, in den man aufgrund der weitreichenden Folgen nur sorgfältig an besonders bedeutsamen Stellen eingreifen solle. Dafür müsse der bewährte Generalplan Küsten- und Hochwasserschutz des Landes von 1994 den neuen Erkenntnissen und technischen Möglichkeiten, wie zum Beispiel dem Monitoring, angepasst werden. Auch die Einrichtung einer Expertenkommission sei sinnvoll.

Von den kompetenten Vorträgen schienen auch die Abgeordneten überzeugt zu sein. Einhellig forderten sie die Überarbeitung des Generalplanes.

Ich fände es erfreulich, wenn die gewonnenen Übereinstimmungen parteienübergreifend zu einer schnellen Optimierung des Küstenschutzes genutzt würden.

Peer Klüßendorf



Der Rostocker Abiturient (Note 1,1) absolvierte im September ein zweiwöchiges Praktikum im Landtag und studiert seit 1. Oktober Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Rostock.

Erwin Sellering ist neuer Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern. Der Landtag wählte den 58-jährigen gebürtigen Westfalen am 6. Oktober zum Nachfolger von Dr. Harald Ringstorff.

Landtag wählt neuen Ministerpräsidenten

Erwin Sellering löst Harald Ringstorff ab



Foto: Jens Koehler

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider vereidigt den neuen Ministerpräsidenten Erwin Sellering.

■ Ringstorff war am 4. Oktober aus Altersgründen aus dem Amt ausgeschieden. Der neue Ministerpräsident, bislang Sozialminister, erhielt 40 Stimmen. Von 71 Abgeordneten waren 69 anwesend, es gab eine ungültige Stimme und 22 Enthaltungen. Somit votierten nicht alle 45 Mitglieder der SPD/CDU-Koalition für den neuen Regierungschef. NPD-Fraktionschef Udo Pastörs, der ebenfalls zur Wahl angetreten war, erhielt sechs Stimmen, so viele wie die NPD Abgeordnete hat.

Nach der Wahl legte Sellering den Amtseid mit dem Zusatz „so wahr mir Gott helfe“ ab. Ringstorff, der zu den ersten Gratulanten zählte, überreichte seinem Nachfolger einen Hammer, mit dem er gegebenenfalls auf den Tisch hauen könne.



Foto: Cornelius Kettler

Erwin Sellering, dessen Kabinett drei neue Minister angehören, kündigte die Fortsetzung der Großen Koalition an, in der es „sehr gut“ laufe. Als politische Schwerpunkte nannte er den weiteren wirtschaftlichen Aufbau, eine „vernünftige“ Finanzpolitik und die Stärkung der Chancengleichheit in der Bildung. Ferner sollen die alternativen Energien weiter ausgebaut werden.

Den Führungswechsel an der Regierungsspitze hatte der 69-jährige Harald Ringstorff, der seit der Landtagswahl 2006 einer Großen Koalition vorstand, im Sommer angekündigt. Mit ihm verlassen auch Finanzministerin Sigrid Keler (66) und Verkehrsminister Otto Ebnet (64, beide SPD) das Kabinett. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider überreichte den beiden zum Abschied gerahmte Zertifikate, die Keler und Ebnet zu symbolischen Eigentümern von je einem Stern an der Decke der Schweriner Schlosskirche machen. Der Regierung gehören wiederum jeweils vier Minister von SPD und CDU an. Unmit-



Foto: Cornelius Kettler

telbar nach seiner Wahl zum neuen Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern hat Erwin Sellering die Minister berufen und ihnen in der Staatskanzlei die Ernennungsurkunden überreicht. Während es bei der Union keine personellen Veränderungen gab, gehören drei SPD-Minister dem Kabinett erstmals an. So wird die bisherige Landtagsabgeordnete Heike Polzin (52) Finanzministerin, der bisherige SPD-Landtagsfraktionschef Volker Schlotmann (51) Verkehrsminister und die bisherige Schweriner Kommunalpolitikerin Manuela Schwesig (34) Chefin des Sozialressorts.

Nach ihrer Ernennung wurden alle Minister des neuen Kabinetts im Parlament vereidigt. Die sechs Abgeordneten der NPD hatten zu diesem Zeitpunkt den Plenarsaal verlassen.

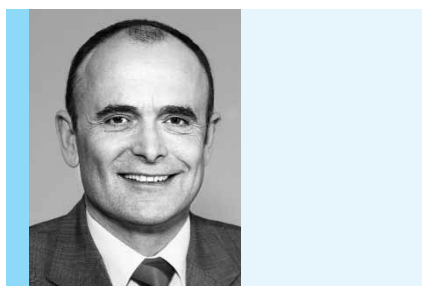
Die neuen Mitglieder der Landesregierung

Die Landesregierung wird nicht nur von einem neuen Ministerpräsidenten geführt – ihr gehören auch drei neue Minister an. Während Verkehrsminister Volker Schlotmann und Finanzministerin Heike Polzin als langjährige Landtagsabgeordnete über große Erfahrungen in der Landespolitik verfügen, ist Sozialministerin Manuela Schwesig neu auf der landespolitischen Bühne.

Foto: Rainer Cordes



Die neue Landesregierung: v.l. Verkehrsminister Volker Schlotmann, Finanzministerin Heike Polzin, Sozialministerin Manuela Schwesig, Ministerpräsident Erwin Sellering, Agrarminister Dr. Till Backhaus, Innenminister Lorenz Caffier, Wirtschaftsminister und stellv. Ministerpräsident Jürgen Seidel, Justizministerin Uta-Maria Kuder, Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung Dr. Margret Seemann, Bildungsminister Henry Tesch.



Ministerpräsident Erwin Sellering

„Wir wollen das kinderfreundlichste Bundesland werden, und wir wollen, dass jedes Kind eine gute, eine faire Chance bekommt.“

■ 1949 in Sprockhövel bei Bochum geboren, zog der Jurist 1994 mit Ehefrau Antje und den beiden Töchtern von Bochum nach Greifswald, wo er zunächst als Verwaltungsrichter arbeitete. Im gleichen Jahr trat er in die SPD ein. Schon 1996 wurde er Mitglied im Landesvorstand und seit 2007 ist er Vorsitzender des knapp 2800 Mitglieder zählenden Landesverbandes. Mit Erwin Sellering übt erstmals ein Politiker aus dem Westen das höchste Regierungsamt in Mecklenburg-Vorpommern aus. Sein Vorgänger Harald Ringstorff hatte den gebürtigen Westfalen 1998 als Abteilungsleiter in die Staatskanzlei geholt, ihn zwei Jahre später zum Justizminister gemacht und 2006 an die Spitze des Sozialressorts berufen.

„Unsere Chancen bestehen darin, dass aus ganz Deutschland, von überall her, Menschen hierher kommen und dieses Land wunderschön finden, nicht nur als Touristen, sondern auch, um hier zu leben

und zu arbeiten“, betonte der neue Regierungschef. „Nur eine gute Mannschaft ist auf Dauer erfolgreich“, lautet sein Wahlspruch. Dabei setzt er auch auf Nachwuchspolitiker, was ihm Rückhalt bei den Jusos verschafft. Bundesweit für Schlagzeilen hatte Sellering als Justizminister mit seinem Vorstoß gesorgt, DNA-Analysen in der Verbrechensbekämpfung und -vorbeugung noch stärker zu nutzen. Zuletzt profilierte er sich mit seiner konsequenten Haltung zum Nichtraucherschutz sowie Forderungen zur Ost-West-Angleichung der Renten und zur umfassenderen Kinderbetreuung.

Schwerpunkte in der Regierungspolitik legt er eigenen Worten nach auf eine solide, vernünftige Finanzpolitik und eine gute Wirtschaftspolitik sowie auf das Thema Kinderland MV.



Verkehrsminister Volker Schlotmann

„Das Land bewegen – mit allen Verkehrsmitteln und durch eine verantwortungsvolle Landesentwicklung.“

■ Mit seiner Berufung zum Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommerns kehrt Volker Schlotmann gewissermaßen zu seinen beruflichen Ursprüngen zurück. Nach seiner Lehre als Binnenschiffer hatte der gebürtige Duisburger auf Rhein und Ruhr als Steuermann gearbeitet. Die Entwicklung der Schifffahrt, die ein wesentlicher Wirtschaftszweig im Nordosten ist, wird künftig mit zu seinen Aufgaben gehören. Schlotmann wohnt heute in einem Dorf am Salzhaff nördlich von Wismar, ist verheiratet und Vater dreier erwachsener Kinder.

Als langjähriger Chef der SPD-Landtagsfraktion hat er maßgeblich dafür gesorgt, dass die von Harald Ringstorff geführten Landesregierungen seit 1998 in meist ruhigem Fahrwasser schippern konnten. Die Fraktion trug loyal alle Entscheidungen der Regierung mit. Der Aufstieg Schlotmanns auf die Regierungsbank gilt auch als Lohn dieser Arbeit.

Der heute 51-Jährige war nach dem Besuch der Sozialakademie Dortmund und einem Politikstudium in Hamburg 1988 hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär geworden, zunächst für die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Bayern und ab 1990 dann in Mecklenburg-Vorpommern.

1994 wurde Schlotmann über die Landesliste in den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gewählt, dem er seither ununterbrochen angehört. 1996 stieg er zum parlamentarischen Geschäftsführer, 1998 zum Fraktionsvorsitzenden auf.



Finanzministerin Heike Polzin

„Gute Finanzpolitik heißt für mich, nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an das Morgen und Übermorgen zu denken. Wir müssen heute sparsam sein, damit wir auch in Zukunft handlungsfähig bleiben und Schwerpunkte finanzieren können.“

■ Mit der Ernennung von Heike Polzin als neue Finanzministerin setzt der neue Regierungschef Erwin Sellering auf Kontinuität in der Haushaltspolitik Mecklenburg-Vorpommerns. Die frühere Lehrerin für Deutsch und Kunst- und Musik- und Theaterpädagogik gilt als besonnen und beharrlich. Nach Ansicht Sellering ist die 52-Jährige Garant für die von ihrer Vorgängerin Sigrid Keler (alle SPD) eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus weiter beschritten wird.

Polzin, die verheiratet und Mutter zweier Kinder ist, war 1998 über die Landesliste der SPD erstmals in den Landtag gewählt worden, 2002 und 2006 gewann sie das Direktmandat in ihrem Wahlkreis Nordwestmecklenburg I. Seit 2002 ist sie stellvertretende Fraktionschefin. Ihr bisheriges Betätigungsfeld war die Bildungspolitik. Sowohl mit der Linken, die acht Jahre lang Regierungspartner der SPD in Schwerin war, als nun auch mit der CDU handelte sie Reformen für das Schulwesen aus.

Die in Wismar geborene und heute im benachbarten Warin lebende Politikerin gehörte bis zur Wende keiner Partei an. 1990 trat sie der SPD bei und engagierte sich zunächst in der Kommunalpolitik. Von 2001 bis 2007 war sie SPD-Kreisvorsitzende in Nordwestmecklenburg. Zwischenzeitlich hatte sie auch dem SPD-Landesvorstand angehört.



Sozialministerin Manuela Schwesig

„Ich stehe für ein Miteinander der Generationen – ganz wichtige Themen sind für mich das Kinderland MV, Chancengleichheit, Mecklenburg-Vorpommern als das Gesundheitsland Nummer Eins und ein hervorragendes Angebot für die älteren Menschen in unserem Land.“

■ Manuela Schwesig als neue Ministerin für Soziales und Gesundheit ist die Überraschung im Kabinett von Erwin Sellering. Nur fünf Jahre nach ihrem Eintritt in die SPD rückt die 34-Jährige in die Regierungsmannschaft Mecklenburg-Vorpommerns auf. Als Mitglied des SPD-Landesvorstandes gehörte sie aber bereits zum engsten Führungszirkel von Landespartei- und Regierungschef Sellering. Die bislang im Finanzministerium beschäftigte Diplom-Volkswirtin ist verheiratet und Mutter eines Kindes. Zu ihren Hobbys zählt sie Sport und Kultur. Mit ihrem politischen Credo „Ich stehe für ein familienfreundliches Schwerin“ empfahl sie sich bereits für ihre neue Aufgabe. Bisher machte sich Schwesig, die 1974 in Frankfurt (Oder) geboren wurde und in Königs Wusterhausen bei Berlin studierte, vor allem als Fraktionsvorsitzende in der Schweriner SPD-Stadtfraktion einen Namen. 2004 war sie in das Stadtparlament gewählt worden, im Oktober 2007 übernahm sie den Vorsitz der Fraktion. Nach dem bundesweit für Aufsehen sorgenden Hungertod der kleinen Lea-Sophie im November vergangenen Jahres setzte sich Schwesig mit an die Spitze jener Kräfte in der Stadt, die eine konsequente Aufdeckung der Versäumnisse in den zuständigen Ämtern und der Verwaltungsspitze forderten. Als nach der Abwahl des CDU-Oberbürgermeisters ein neuer Verwaltungschef gesucht wurde, war auch ihr Name im Gespräch.

Fahrverbot statt Geld- oder Haftstrafe?



Dr. Norbert Nieszery

Rechts- und innenpolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion



Barbara Borchardt

Rechtspolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE

■ Fahrverbot als Hauptstrafe ja – aber bitte mit Augenmaß!

Als Rechts- und Innenpolitiker begrüße ich die Idee eines Fahrverbots als Hauptstrafe, die sich besonders für den Bereich der kleineren, zum Teil auch der mittleren Kriminalität eignet. Es gibt meiner Auffassung nach Tätergruppen, bei denen das Fahrverbot stärkeren Eindruck hinterlässt als beispielsweise eine Geldstrafe. So sind mir Fälle bekannt, in denen Extremisten, die wegen des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole oder Volksverhetzung verurteilt wurden, ihre Geldstrafe aus Spenden von Sympathisanten bestreiten konnten. An dieser Stelle wäre die Verurteilung zum Fahrverbot eine geeignete Alternative mit deutlich höherem Abschreckungscharakter gewesen. Auch bei Straftätern, für die eine Geldstrafe aufgrund der Einkommenssituation nicht als spürbare Sanktion wirkt, halte ich das Fahrverbot für eine geeignete Denkzettel- und Besinnungsmaßnahme.

Allerdings ist bei der richterlichen Verhängung dieser Straftat Augenmaß gefragt. Dort, wo das Fahren zum Erhalt des Lebensunterhaltes dient, muss genau abgewogen werden, ob die Strafe nicht unangemessen starke Folgen nach sich zieht, zum Beispiel den Verlust des Arbeitsplatzes usw. Das heißt allerdings nicht, dass dies auch bei Verkehrsdelikten gelten muss. Wer am Steuer nicht verantwortungsbewusst handelt, obwohl er auf das Führen eines Fahrzeugs nicht verzichten kann, muss im Interesse der Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmer im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Verkehr gezogen werden. Mit allen Konsequenzen.

Fazit: Das Fahrverbot isoliert oder in Kombination mit einer weiteren Geld- oder Freiheitsstrafe erweitert das Sanktionsspektrum sinnvoll und kann den Gerichten eine flexiblere und individuellere Strafzumessung ermöglichen.

■ Nach bisherigem Recht kann ein Fahrverbot nur als Nebenstrafe zu einer Geld- oder Freiheitsstrafe verhängt werden. Zudem setzt ein Fahrverbot eine Straftat voraus, die im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr begangen worden ist. Das Bundesjustizministerium prüft, ob diese Beschränkungen künftig entfallen sollen. Der Führerschein könnte dann auch bei anderen Delikten entzogen werden.

■ Die jahrelange Forderung von Politikern, das Fahrverbot auch als Hauptstrafe bei allgemeiner Kriminalität einzuführen, hat sich zu Recht nicht durchgesetzt. Nun haben wir die Debatte erneut auf der Tagesordnung.

Begründet wird dieses Anliegen mit einer angeblichen „Gerechtigkeitslücke“ im Sanktionssystem des geltenden Strafrechts. Die Befürworter wollen, dass ein Fahrverbot als Hauptstrafe auch bei Straftaten, die rein gar nichts mit dem Straßenverkehr zu tun haben, möglich wird. Insbesondere junge Menschen soll dies stärker vor Straftaten abschrecken. Einen Beweis gibt es dafür nicht. Ich teile ausdrücklich die Meinung vieler Experten, die aus verschiedenen Gründen vor einer Ausweitung der bisherigen Sanktionsmöglichkeiten warnen. So sprechen sich u.a. der Deutsche Verkehrsgerichtstag, der Auto Club Europa und die Gewerkschaft der Polizei dagegen aus.

Zum einen dient der Entzug der Fahrerlaubnis nach geltendem Recht vor allem der Verkehrssicherheit und nicht der Sanktion etwa eines Betrug oder einer Körperverletzung.

Fahrverbot als Hauptstrafe ist auch im Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz mehr als bedenklich. Denn nur die Inhaber von

Führerscheinen wären betroffen. Warum sollen sie im Strafrecht schlechter gestellt werden? Dafür gibt es keine Rechtfertigung.

Schließlich gäbe es erhebliche Probleme bei der praktischen Umsetzung des Führerscheinentzugs. Jeder weiß doch aus eigener Erfahrung, wie vergleichsweise selten Verkehrskontrollen durchgeführt werden.

Ich sehe auch aufgrund der Entwicklung von Straftaten keinen Handlungsbedarf. Gerechtigkeitslücken im Sanktionssystem kann ich in diesem Zusammenhang nicht erkennen.

Der Führerscheinentzug sollte als Nebenstrafe bei Straßendelikten beschränkt bleiben. Jedes weitere Herumdoktern am Sanktionskatalog ist zu unterbleiben. Sonst sind wir irgendwann soweit, dass wir Straftäter mit dem Entzug des Bibliotheksausweises oder des Anglerscheines sanktionieren.

Landtag vor Ort

Parlamentsspiel in Ueckermünde

■ Wenn es nach dem Willen der Elftklässler des Greifen-Gymnasiums Ueckermünde ginge, würden künftig die Schülerinnen und Schüler ihre Lehrer bewerten – zuvor allerdings soll hierfür ein Standardverfahren entwickelt werden, das nach einer zweijährigen Probephase für alle Schulen in Mecklenburg-Vorpommern verbindlich würde. Damit hat sich die Fraktion Blau bei der Schlussabstimmung mit ihrem Vorschlag durchgesetzt. Aber trotz der Abstimmungsniederlage sind auch die Fraktionen Grün, Orange, Gelb und Weiß zufrieden. Denn es war nur ein Spiel, bei dem alle Spaß hatten und zugleich einiges über den Weg von Entscheidungen im Landtag gelernt haben.

Im Rahmen der Kampagne „Landtag vor Ort“ nahmen am 9. Oktober 40 Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Ueckermünde an dem Landtagsprojekt „Parlamentsspiel“ teil. Bei dem dreistündigen Projekt spielten die Schüler an Hand des Themas „Benotung der Lehrer durch die Schüler“ parlamentarische Verfahren – Einbringung eines Antrags, Meinungsbildung in den Fraktionen, Parlamentsdebatte und Abstimmung – nach. Sie wählten einen Landtagspräsidenten und bildeten fünf Fraktionen, die jeweils unterschiedliche Positionen zum Thema vertraten. In ihren Fraktionssitzungen sammelten sie Argumente und bereiteten ihre Reden für die Plenardebatte vor: Bewertung der Lehrer ja oder nein? Als verbindliches Gesetz oder lieber als Empfehlung zur freiwilligen Entscheidung durch die Schulkonferenz? Einführung sofort oder erst nach einer Probephase? Exemplarisch erlebten die Schüler, was in einer Demokratie selbstverständlich ist: unterschiedliche Lösungsvorschläge werden debattiert, Pro- und Kontraargumente ausgetauscht, Mehrheiten für den eigenen Vorschlag gesucht. Und ganz nebenbei konnten die Rednerinnen und Redner in der Debatte ihr rhetorisches Wissen und Können unter Beweis stellen.

Einhelliges Fazit am Ende des Projekts: Landespolitik ist transparenter geworden



Foto: Sylvie Reese

Politikunterricht mit Spaßfaktor

– und Spaß hat es auch gemacht! Die Projektteilnehmer werden übrigens im November auf Einladung von Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider in den Land-

tag kommen, um als Gäste auf der Besuchertribüne die „richtigen“ Abgeordneten bei ihren Plenardebatten live zu erleben.

Azubis im Schloss

Landtag bildet seit 1995 aus

■ Denise Timm aus Ludwigslust, Anne-Cathrin Lüttke aus Feldberg, Anne Gartzke aus Demmin und Christian Busse aus Neustrelitz sind die neuen Auszubildenden in der Landtagsverwaltung. Seit 1. Oktober lernen sie im wohl schönsten Ausbildungsbetrieb der Landeshauptstadt, im Schweriner Schloss, den Beruf Kauffrau/mann für Bürokommunikation, Fachangestellte für Medien- und Infodienste sowie Veranstaltungskaufrau.

Zurzeit erhalten 13 junge Menschen ihre Ausbildung bei der Landtagsverwaltung. Neun Jugendliche werden Kaufleute für Bürokommunikation. Darüber hinaus gibt es Lehrlinge in den Berufen Gärtner (Garten- und Landschaftsbau), Fachinformatiker (Systemintegration), Veranstaltungskaufrau sowie Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern bildet seit 1995 aus. Seitdem haben 62 Ju-

gendliche eine Ausbildung im Landtag durchlaufen oder befinden sich zurzeit noch in der Lehre. Mit seinem Engagement für die Ausbildung von Schulabgängern nimmt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern eine Spitzenposition im bundesweiten Vergleich der Länderparlamente ein. Einige der früheren Azubis gehören mittlerweile zur Stammebelegschaft des Landtages.

Ob sie ihre Zukunft in der Landtagsverwaltung sehen oder nach der Berufsausbildung ein Studium beginnen, wissen die vier Neulinge noch nicht genau. Erst einmal heißt es, sich in die neue Lern- und Arbeitssituation hineinzufinden und die Chancen einer Ausbildung im Landtag als optimalen Start ins Berufsleben zu nutzen.



Foto: Claudia Richter

Denise Timm, Christian Busse, Anne-Cathrin Lüttke und Anne Gartzke (v.l.) sind stolz, dass sie ihre Berufsausbildung beim Landtag Mecklenburg-Vorpommern erhalten.

Am 2. Oktober besuchte der Botschafter der Syrischen Arabischen Republik, S.E. Dr. Hussein Omran, den Landtag. Hier wurde er von Vizepräsident Hans Kreher begrüßt und trug sich ins Gästebuch des Landtages ein. Omran, der in den sechziger und siebziger Jahren in Leipzig Germanistik studiert hat, war nach der Feier zum Tag der deutschen Einheit vor einem Jahr nun zum zweiten Mal in Schwerin. Mit seinen Besuchen wolle er die Tür öffnen für kulturelle und wirtschaftliche Kontakte, betonte der Botschafter. Er sei überzeugt, dass nur über Kontakte Vorurteile ausgeräumt werden können. Die Weltkultur ist eine Einheit, sagte er. Jedes Land, jede Kultur leiste ihren Beitrag dazu. Nach einer Besichtigung der historischen Räume des Schweriner Schlosses nahm der syrische Diplomat in der FDP-Fraktion an einer Gesprächsrunde mit Unternehmern aus Mecklenburg-Vorpommern zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit teil.



Foto: Claudia Richter

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Cornelius Kettler

Zum Abschied aus dem Amt des Ministerpräsidenten überreichte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider Dr. Harald Ringstorff ein Sternenzertifikat. „Damit sind Sie symbolisch Eigentümer eines Sternes des Schlosskirchenhimmels, der Sie immer an Ihr Wirken im Schweriner Schloss zum Wohle des Landes erinnern möge“, sagte sie. Ringstorff, der am 4. Oktober aus dem Regierungsamt ausschied, bleibt dem Schweriner Schloss treu – als Abgeordneter der SPD-Fraktion.



Foto: Reinhard Klawitter

„Augen auf – Schule gegen Gewalt“ war das Motto eines Projekttag an der Beruflichen Schule der Landeshauptstadt Schwerin, an dem sich am 18. September rund 800 Jugendliche beteiligten. Unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider beschäftigten sich die Berufsschüler in über 20 Workshops mit den unterschiedlichsten Aspekten von Gewalt in Schule und Alltag, darunter unter Leitung von Sylvia Bretschneider mit dem Thema „Demokratie und Rechtsextremismus“. Organisiert hatten das Megaprojekt die zukünftigen Veranstaltungskaufleute der Berufsschule, die in Rahmen ihrer Ausbildung vom Konzept über Organisation, Gewinnung von Partnern und Sponsoren, Durchführung und Nachbreitung alles geplant und realisiert haben. Die Mitwirkung des Landtages am Projekttag war Bestandteil der Aktion „Landtag vor Ort“, mit welcher der Landtag die Kampagne „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ unterstützt.



Foto: Claudia Richter

Am 15. Oktober besuchte eine chinesische Jugenddelegation den Landtag und wurde hier von Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider empfangen. Im Rahmen eines zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem chinesischen Ministerpräsidenten vereinbarten Jugendaustausches informieren sich bundesweit insgesamt 400 Vertreter von chinesischen Jugendbehörden und Jugendverbänden über die staatlichen und nicht-staatlichen Strukturen der Jugendpolitik und Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Zudem gewannen sie einen Eindruck von der deutschen Kultur und Lebensweise. 25 Gäste wurden hierbei vom Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern betreut. Der deutschen Delegation, die im Frühjahr nach China gereist war, gehörten auch Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern an.